

Volksmacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Hirschstr. 41b. durch die Subskriptionsstellen 135 sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. Einzelheft 1 Pf., halbjährlich 5 Pf., jährlich 10 Pf. (Postgebühren 2 Pf.).

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Verlags- und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Telefon-Nr. 21732, Redaktion 21738
Postfach-Nr. 21738
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, 311 Breslau

Anzeigenpreis: 30 Millimeter für geschaltete Anzeigen auswärts 10 Pf., 16 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 100 W. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Utc. etc., Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hirschstr. 41b. oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingehende Manuskripte werden nicht zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Frankreich und Japans Flottenforderungen

Anklare Haltung Japans — Warum Frankreich mehr fordert

Die japanische und französische Delegation zur Flottenkonferenz haben am Donnerstag die ersten Memoranden über ihre Flottenansprüche der Öffentlichkeit übergeben.

Das Memorandum Japans vermeidet jede Festlegung nach der Seite der Tonnage. Es ist auch sonst im Gegensatz zu der französischen Darstellung durch eine gewisse diplomatische Beseitigung gekennzeichnet. Japan erklärt sich grundsätzlich zugunsten der geplanten Verlängerung der Sperrfrist für den Bau von Schlachtschiffen, vermeidet jedoch jegliche Stellungnahme zu einem Vorschlag, der die Außerdienststellung eines japanischen Schlachtschiffes beantragt hätte. Zur Kreuzerfrage macht das japanische Memorandum die völlig unveränderte Feststellung, daß Japan eine Mindeststärke beansprucht, die für die nationale Verteidigung ausreichend sei und die Stärke der anderen Mächte in Rechnung setze. In Konkurrenzfragen weist man darauf hin, daß die Bedeutung dieses Memorandums nicht in dem liegt, was es sagt, sondern in dem, was es verschweigt. Man erklärt ferner, daß kein Wort von der japanischen Forderung nach 70 Prozent der amerikanischen Flottenstärke enthalten sei und schließlich daraus, vielleicht etwas zu optimistisch, daß Japan sich zu einem Kompromiß in dieser Frage bereit finden wird. Nach dem Washingtoner Abkommen hatte Japan einen Anspruch auf 60 Prozent der amerikanischen Flottenstärke.

Das französische Memorandum betont, daß Frankreich 1914 eine Flotte von 664 000 englischen Tonnen besaß und 174 000 Tonnen im Bau gehabt habe. Die Gesamttonnage der französischen Flotte betrage heute 437 192 Tonnen weniger. Frankreich sei im Jahre 1929 die einzige Seemacht gewesen, deren Marinebudget unter demjenigen der Vorkriegszeit gelegen habe. Frankreich habe, ohne auf das Resultat der Konferenz zu warten, bereits sein Hauptprogramm bedeutend herabgesetzt. Der gegenwärtige Stand der französischen Flotte betrage:

Schlachtschiffe (im Sinne des Washingtoner Abkommens)	133 136 Tonnen
Anderer Schlachtschiffe	52 791 Tonnen
Kreuzer von 10 000 Tonnen	70 000 Tonnen
Alle Kreuzer	86 963 Tonnen
Kleine Kreuzer, Zerstörer, Torpedoboote	228 897 Tonnen
Flugzeugmutterchiffe usw.	32 146 Tonnen
U-Boote	97 878 Tonnen
Gesamttonnage rund	681 000 Tonnen

Frankreich, so fährt das Memorandum fort, sei das einzige Land gewesen, das von 1914 bis 1930 keine Kriegsschiffe gebaut habe. Falls die Konferenz die Flottenstärke für die Jahre 1930 bis 1936 festlege, wie sie von englisch-amerikanischer Seite gefordert werde, so beanspruche Frankreich für 1936 vorbehaltlich der Zustimmung des Parlaments eine Gesamttonnage von 274 478 Tonnen. Unter den gleichen Umständen zu dieser Ziffer findet sich noch eine deutliche Anspielung auf den deutschen Panzerkreuzer. Frankreich habe bisher, so heißt es in diesen Erläuterungen, von seinen, ihm in Washington zugewilligten 70 000 Tonnen für Schlachtschiffe keinen Gebrauch gemacht. Frankreich sei jedoch nunmehr angesichts des Aufstehens eines neuen Typs von Schlachtschiffen gezwungen, vor 1936 von dieser Möglichkeit teilweise Gebrauch zu machen, und es werde sich unter Umständen erweisen, daß diese 70 000 Tonnen völlig auszureichen, falls neue Schiffe desselben Typs gebaut werden würden.

Dies stellt eine deutliche Anspielung auf die Frage des Panzerkreuzers B in Deutschland dar. Das französische Memorandum wiederholt schließlich die alte französische Auffassung von der gegenseitigen Abhängigkeit der verschiedenen Bestimmungen und vom Zusammenhang der Seerüstung mit der Gesamtentwicklung. Es betont schließlich den Defensivcharakter der französischen Flottenrüstung und die Uebereinstimmung der französischen Stärke zur See mit den Bestimmungen des Kellogg-Pactes.

A. Kr. Im Zusammenhang mit der Schilderung, die dieses Memorandum Frankreichs von dessen gegenwärtiger Flottenstärke gibt, sind seine Flottenforderungen, die es auf der Londoner Konferenz stellt, doch mit etwas anderen Augen zu betrachten, als es bisher geschah. Wenn man die Forderungen Frankreichs als ein in ins Auge faßt, sehen sie allerdings außerordentlich wenig abwärtsfreundliche aus. Tatsächlich würde ihre Anerkennung auch auf eine maritime Aufrüstung zum mindesten Frankreichs hinauslaufen. Und es wird daher auch, wenn die Flottenkonferenz wirklich zu einer Abrüstungskonferenz werden soll, die Aufgabe der Konferenz sein, ein solches Uebereinkommen zwischen den Mächten zu schaffen, daß diese maritime Aufrüstung Frankreichs verhindert. Bisherig gesehen werden kann man der französischen Forderung, A. Kr. aber nur dann, wenn man auch die bisherige Flottenpolitik Frankreichs in den letzten 15 Jahrzehnten ins Auge faßt, wie sie in dem Memorandum geschildert wird. Wenn es richtig ist, daß sein Marinebudget im Jahre 1929 das einzige war, das hinter dem Marinebudget des gleichen Landes von 1914 zurückblieb (trotz automatischer Erhöhung aller Ausgaben

durch die Veränderung des Geldwerts um 50 Prozent) und daß 1929 die Gesamttonnage der französischen Flotte mehrere hunderttausend Tonnen weniger betrug als 1914, ferner, daß Frankreich von 1914 bis 1930 überhaupt keine Kriegsschiffe gebaut hat, endlich daß Frankreich von den 70 000 Tonnen für Schlachtschiffe, die ihm in Washington auf der ersten Flottenkonferenz zugewilligt worden sind, bisher überhaupt keinen Gebrauch gemacht hat, (Deutschland hätte eine solche Erlaubnis sicherlich nicht ungenützt gelassen!), so spricht das doch sehr stark für Frankreich und zeigt, daß seine Forderungen auf Erhöhung seines Flottenkontingents für den Fall, daß die anderen Flotten nicht beträchtlich herabgesetzt werden, doch nicht bloß als Ausfluß eines besonders rüstungsfeindlichen Geistes angesehen werden können. Die Ursache der bisherigen zurückhaltenden Flottenpolitik Frankreichs liegt wohl darin, daß Frankreich seit Kriegsende zunächst keinen Gegner auf dem Meere hatte, den es fürchten mußte. Die einzige es wirklich gefährdende Flotte, die deutsche, war ja bis auf einen kleinen Rest vernichtet. Erst seitdem der politische Gegensatz gegen Italien immer stärker wird und auch Italien eine Flottenpolitik treibt, die eine dauernde Verstärkung seiner Seestreitkräfte zum Ziele hat, fähigt sich auch Frankreich wieder auf dem Meere behaupten und hat nun doch ein Interesse daran, daß seine Flotte zum mindesten nicht schwächer ist als die seines möglichen Gegners. Darin liegt der tiefere Grund für die Flottenforderungen Frankreichs, damit ist aber auch die Möglichkeit gegeben, daß Frankreich von der Erfüllung dieser Forderungen absteht, wenn nämlich Italien seinerseits auch auf seine Flottenverstärkung verzichtet, ja seine Flotte ebenfalls zu verringern bereit ist.

Die Reichsregierung lagert Roggen ein

Das Reichskabinett stimmte dem Antrag des Reichsernährungsministers zu, für die Lagerung von Roggen 20 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Man will mit Hilfe dieses Betrages rund 200 000 Tonnen Roggen aus dem Markt nehmen.

Das Duell der Staatsanwälte

Wie sich Jorns verteidigt

Berlin, 13. Februar. (Eigener Bericht.) Der letzte Tag im Jorns-Prozess brachte etwas ungemein Bizarres: das Duell zweier Staatsanwälte. Jorns nämlich benutzte sein Schlusswort dazu, seiner Enttäuschung und seinem Ärger über die ablehnende Haltung seines Kollegen, des Oberstaatsanwaltes Köhler, Luft zu machen. Er beklagte den Vorgesetzten heraus, wenn er über den „Kollegen“ der es „gewagt“ habe, „mit einigen nichtsagenden Worten eine Sache abzutun, in der es um die Ehre eines Beamten des höchsten Gerichtshofes des Reiches geht“. Er kann nur annehmen, daß „politische Gründe“ dabei maßgebend wären, denn der Kollege war „unfähig, die juristischen Gründe, die mein Anwalt in unerfindlicher Rede aufgeführt hat, zu widerlegen oder zu entkräften“.

Nach dem Staatsanwalt kam das Gericht erster Instanz wegen seines Freispruchs des Angeklagten seine schlechte Leistung. Es wurde festgestellt, daß es in seinem Urteil von den Entscheidungen des Reichsgerichts, nach dem der Presse keine größeren Befugnisse zugesprochen werden als irgend einer Privatperson, abwich. Die Berliner Juristen scheinen demnach die von Leipzig ausstrahlenden Weisheiten noch gar nicht erfasst zu haben. Jorns hat sie aus erster Hand — er sitzt ja an der Quelle. Der Nebenkläger läßt uns auch sonst noch allerlei Blide in seine schöne Seele tun. „Vorwärts über die Untersuchungsführung“, erklärt er, „aber über die Behandlung der Häftlinge hätte ich mir gefallen lassen müssen. Ich habe das ja auch im Falle der „Roten Fahne“ getan, die ich nie ernst genommen habe. Aber hier handelt es sich um einen sehr ernst genommenen Fall. Ich hätte mich zu Gunsten der Täter gehandelt hätte.“ Gerade dieser Kernpunkt läßt das schöffengerichtliche Urteil vermissen, das bemerkenswert ist, es sind die denkbar größten Gegensätze: die Unterlassung des Schutzes, die abschließliche Vorhableistung von Wörtern.

Dann kommt noch einmal ein letzter, überaus lästiger Versuch, seine Unterlassung zu rechtfertigen. Das Kurze in den zwei Tagen seiner Amtsführung unterlassen habe, was er selber in der zehnmal so langen Zeit veräumt hat, soll ihm entschuldigen. Das er acht Tage nach seinem Einzug in das Obertribunal das Hotelpersonal befragt hat, nennt er „so lächerlich wie möglich“. Die Verhaftung der weiblichen Offiziere und des Hauptmanns ebenfalls, so erklärt er, nachdem er die Angelegenheiten gegen sie erkannt hat. Dieses „sofort“ schloß rechtlich einen Zeitraum von über 5 Wochen ein, während der er sich von seinen Offizierskollegen an der Nase herumführen ließ. Den „überaus schmerzlichen“ und „unklaren“ Angaben der Presse

Abschied von Paul Levi

Im Krematorium zu Berlin-Wilmersdorf hat am Donnerstag eine große schmerzliche bewegte Trauergemeinde von Paul Levi Abschied genommen. Viele Köpfe des geistigen Berlins waren um seinen Sarg versammelt. Der Senior des deutschen Juristentums, der mehr als 80jährige Professor Kahl, ehrte den toten Gegner, der in oft in ritterlichem Meinungstampf gegen ihn angetreten war. Albert Einstein und andere Männer aus dem weiten Reich von Kunst und Wissenschaft trauerten um einen der ihren. Unter vielen roten Bannern aber standen die Parteigenossen Paul Levis, die für immer von dem gläubigen und tatkräftigen Mitstreiter sich trennen mußten. Rudolf Breitscheid sprach den Abschiedsgruß für die Reichstagsfraktion. An der Spitze der Partei stand die Dahnungsgeschiedenen erwuchs in dieser Rede das Wesen des hochbegabten, letzten geistigen Führers in seinen Kämpfen und in seinen Irrungen. Sendewitz dankte dem Abgeordneten des sächsisch-vogtländischen Wahlkreises. Er und nach ihm Feiliger, Rosenfeld und Künzler rühmten die Verbundenheit Paul Levis mit der sozialdemokratischen Arbeiterklasse, mit dem ärmsten Gefinnungsfreunde im kleinsten Dorfe. Dann lenkte sich die rote Fahne über den Sarg, der den Leib unseres toten Parteifreundes den verkündenden Flammen entgegenbrachte.

Eine leere Seite der Nazis

Sie sollen mal wieder, aber heißen nicht
Schwerin, 13. Februar (Eigener Bericht.) Die nationalsozialistischen Abgeordneten Maertens und Schade sind aus der Arbeitsgemeinschaft der „nationalen“ Medienbürger ausgetreten, weil die Regierung sich im Reichsrat bei der Abstimmung über den Youngplan der Stimme enthalten und nicht dagegen gestimmt hat. Dieser Austritt ist zur Verhütung der zerbettenden nationalsozialistischen Anhänger im Lande unternommen worden. Zunächst kommt ihm jedenfalls praktische Bedeutung nicht zu, nachdem die nationalsozialistischen Abgeordneten bisher auf ein Mißtrauensvotum im Landtag verzichtet haben und bei ihnen keineswegs die Absicht bestehen soll, der Regierung bei der Verabschiedung des diesjährigen Haushaltsplan auch nur irgendwelche Schwierigkeiten zu machen. Die Haltung der nationalsozialistischen Abgeordneten offenbart wieder einmal die ganze Zweideutigkeit der nationalsozialistischen Bewegung und zeigt, daß ihr Geschrei mit ihren Handlungen nicht in Einklang zu bringen ist. Die von den Nationalsozialisten im Medienbürgerlichen Landtag abhängige Regierung ist trotz des nationalsozialistischen Geschreis zurzeit nicht gefährdet.

stände ja die die sehr eindeutigen und klaren — Lügen der Pöbel und Genossen gegenüber, an die Herr Kriegsgerichtsrat Jorns sich unbedingt meinte halten zu müssen. Oberleutnant Bogel hatte den Unmenschen, die die Rosa Luxemburg mit Gemeinhelben bearbeiteten, zugerufen: „Ihr seid wohl verrückt?“ und hatte damit „seinem Mißfallen deutlich Ausdruck gegeben.“ Das genügte, um den Mordverdacht gegen diesen „ausgesprochenen Offizier“, der Koael zweifellos war, zu beseitigen.

Im Einverständnis mit dem noch ausgesetzten Offizier Pahl hat Jorns die Vorstufungsregeln gegen ein Entweichen der Gefangenen kontrolliert. Von einem Befehl Kossles will er nichts erfahren haben. Auf die Beschwerde über „Diebes- und Mischloggien im Gefängnis“ und auf die Begrenzung mit Piepmann auf dem Wittenbergplatz ist er sofort scharf eingeschritten — so scharf, daß er nicht einmal einen Fuß in das „föbele Gefängnis“ gesetzt hat! Der Sündenbock für die Flucht des Bogel ist Oberst Reinhardt. „Es bestand keine Möglichkeit, den Disziplinostas auszuhalten.“ Im übrigen bezog sich seine Verurteilung, die Offiziere hätten „zusammengehalten wie Blei und Schwefel“ nicht auf die Herren des Divisionsstabes. Landsberg und Heine hätten ihn ja abgeben können, wenn sie mit seiner Untersuchung unzufrieden waren, trumpsf er auf. Im Anschluß daran leistet sich der Verteidiger Böwensfeld noch ein paar ergötliche Seitenhiebe. Er erwähnt einen Brief Kurt Hillers, in dem dieser ihn um der Tatsache willen, daß er Jorns verteidigt, „nicht mehr zu kennen wünsche“. Und er prüfte die Richter auf, mit denen sein Mandant so wenig zufrieden ist, gegen den bösen Journalisten, der „die Beamten für vogelfrei erklärt“.

Es ist zu spät, bereits ist ein tödlicher Stich auf Jorns niedergelassen, vernichtender als alles, was der Angeklagte in seinem Schlusswort noch einmal gegen den Reichsanwalt zusammenfaßt. Der Staatsanwalt hat mit wenigen, ganz ruhigen und sachlichen Sätzen den „Kollegen“ Jorns gerichtet. Es wäre unlogisch gewesen, auf Einzelheiten der Verteidigungsrede für Jorns einzugehen. Wenn ich darüber hinweggegangen wäre, hätte ich es aus Rücksicht auf den Nebenkläger getan. Die einzige Möglichkeit einer Verteidigung hätte darin bestanden, die ungewöhnlichen Verhältnisse vorzutragen. Das Jorns dagegen jede einzelne Verurteilung, die er getroffen, meint verteidigen zu müssen, das bedeutet eine schwere Sache. Es ist zu spät, und das, obwohl er seine Absicht des Jorns gegenüber dem Tatbestand zu verdeutlichen — wohl aber eine Verurteilung für die Täter.

Ein bedenklicher Beschluß

Die Beratung des Ministerpräsidentengesetzes

Berlin, 12. Februar. (Eigener Bericht.)

Der Reichstagsausschuß für den Reichshaushalt nahm die zurückgestellten Verträge des sogenannten Ministerpräsidentengesetzes in der Fassung der Regierungsvorlage an. Der sozialdemokratische Antrag die Bestimmung zu streichen, nach der die Ernennungsurkunde eines neuen Reichskanzlers von ihm selbst und nicht von dem abtretenden Kanzler gegenzuzeichnen sei, wurde nach längerer Debatte abgelehnt.

A. Kr. Dieser Beschluß des Haushaltsausschusses des Reichstages erscheint uns außerordentlich bedenklich, und es wird notwendig sein, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei den Verhandlungen des Gesetzes im Plenum noch einmal mit aller Kraft versucht, die Annahme ihres Antrages durchzusetzen, und daß sie, wenn das nicht gelingen sollte, das ganze Gesetz ablehnt. An sich steht die Bestimmung, daß, wenn ein neuer Reichskanzler vom Reichspräsidenten berufen wird, die Ernennungsurkunde vom neuen Reichskanzler und nicht von dem alten, abtretenden gegenzuzeichnen ist, sehr harmlos aus. Vielleicht werden viele Leser geneigt sein, darin eine reine Formalität zu sehen. Wenn man sich aber an alle die vielen Pläne erinnert, die in den letzten Jahren diskutiert wurden, wie man auf sogenanntem verfassungsmäßigem Wege doch zu einer Rechtsregierung unter Ausschaltung des Parlaments gelangen kann, so wird man diese Bestimmung doch mit etwas anderen Augen betrachten. Diese sogenannte trockene Einführung der Diktatur nämlich ist, wie aus wiederholten Diskussionen darüber in der Reichspresse hervorgeht, so geplant, daß, wenn eines Tages eine Regierung auf Grund eines Mißtrauensvotums des Reichstages zurücktritt, der Reichspräsident einen Reichskanzler ernannt, der nicht das Vertrauen des Reichstages besitzt, und anfänglich dieser Ernennung den Reichstag aufhält. Dann ist der neue Reichskanzler, wenn er selbst die Urkunde gegenzeichnen kann und dabei nicht von seinem Vorgänger abhängig ist, ohne weiteres im Amt und niemand kann es verhindern. Und es ist dann dem Reichspräsidenten möglich, auf dem Wege über den Artikel 48 unter Gegenzeichnung durch den neuen Reichskanzler eine antiparlamentarische Regierung durchzuführen. Man sieht also, daß diese Bestimmung weitreichende Bedeutung hat, und das ist ja wohl auch der Grund, weshalb die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Antrag auf Abänderung dieser Bestimmung gestellt und die Gegenzeichnung durch den alten Reichskanzler beantragt hat. Ganz abgesehen von diesem politischen Gesichtspunkt scheint uns aber auch staatsrechtlich die Bestimmung des Entwurfs absolut sinnwidrig zu sein. Denn solange die Ernennung offiziell noch nicht durchgeführt ist, und das geschieht erst durch die Unterzeichnung der Ernennungsurkunde, ist der neue Reichskanzler rechtlich ja noch gar nicht aktionsfähig. Er hat also noch gar keine rechtliche Befugnis, irgend einen Erlaß des Reichspräsidenten gegenzuzeichnen. Wohl aber hat die der alte Reichskanzler, sofern er nur vom Reichspräsidenten nach seinem Rücktritt mit der Fortführung der laufenden Geschäfte bis zum Amtsantritt des neuen Reichskanzlers beauftragt ist. Und das pflegt je regelmäßig der Fall zu sein. So scheint es uns notwendig, diese Sache nicht auf die leichte Schulter zu nehmen, sondern die Reichstagsfraktion wird auch in dieser Angelegenheit eine ernsthafte Aktion einleiten müssen.

Auflösung einer kommunistischen Wehrorganisation

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Am Donnerstag vormittag wurde das Büro der Kartellführung der Antifaschistischen jungen Garde" Berlin von der Polizei geschlossen und das vorgefundene Material beschlagnahmt. Der Kartellführung wurde gleichzeitig eröffnet, daß jede weitere Tätigkeit polizeilich verhindert werden würde. Die "Antifaschistische junge Garde" stellt den wichtigsten Teil der nach Auflösung des Rotfrontkämpferbundes und der Roten Jungfront gegründeten Wehrorganisationen der sogenannten antifaschistischen Organisationen dar. Die Beobachtung in der Provinz wie in Berlin hat ergeben, daß diese Organisationen nach ihrem Mitgliederbestand und nach ihren Zielen eine Fortführung des Rotfrontkämpferbundes und der Roten Jungfront bilden. Zu ihnen gehört übrigens auch die "Sturmabteilung Wille", in der die Attentäter auf den Nationalsozialisten Weibel, Albert Höller und Erwin Kuderer, Bereitschaftsführer waren.

Der Unheimliche

The Sinister Man

von Edgar Wallace. — Uebersetzung von Max E. Schirmer

„Ich glaube, es wäre besser, zu sehen, wie du untergebracht bist.“ sagte er, ihr die Hand reichend.
„Sie war darüber nicht böse, denn in Anwesenheit seiner „Schwägerin“ hätte sie sich nicht ganz wohl.
„Ein lieber Freund von uns kommt heute zum Essen. Ich glaube, er ist auch einer Ihrer Freunde“, äußerte Mrs. Hallam mit einem verschämten Gesichtsausdruck. „Sie kennen doch den lieben Mr. Tupperwill?“
„Tupperwill?“ sagte Ralf laut.
„Sie bemerke den Fehler und wunderte sich, was es für ein lieber Freund sein konnte, wenn sie seinen Namen vergessen hatte.
„Er ist nicht gerade einer meiner Freunde. Ich habe den armen Mann erst zweimal getroffen.“
„Er ist vollständig wiederhergestellt“, berichtete Ralf.
„Als er bemerkte, daß seine Frau über Tupperwills Beteiligung im unklaren war und womöglich verraten konnte, daß sie ihn noch niemals gesehen hatte, rief er sie unter irgendeinem Vorwand ins Nebenzimmer.
Tupperwill ist vor einigen Tagen überfallen worden. Und dann, bitte merke dir seinen Namen“, sagte er ernst. „Das Mädchen ist hart wie ein Messer. Es war kein Grund vorhanden, daß du ihn deinen Nebenfreund nennst, denn du hast ihn niemals gesehen.“
„Warum kommt er überhaupt?“
„Er kommt“, sagte Ralf überlegen, „um irgendwelchen Schaden zu machen, den du machen könntest, zu verhindern.“
„Ich möchte, daß dies Mädchen dir etwas mehr Vertrauen entgegenbringt, als es bis jetzt der Fall ist. Vorläufig ist sie noch ein wenig feindselig, und wenn sie sich nicht wie zu Hause fühlt, wird sie irgend etwas tun, was sie ins Hotel zurückbringt, und das will ich nicht. In den nächsten Tagen werde ich sie mit meinem Besatz besetzen.“
„Das geht dich nichts an. Sie kann mir egal sein.“

In den Wohnungen von etwa 10 Jahren der „Antifaschistischen jungen Garde“ nahm die Berliner Polizei am Donnerstag Hausdurchsuchungen vor.

Wieder ein kommunistischer Redakteur verhaftet

Hamburg, 12. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Wie die kommunistische „Hamburger Volkszeitung“ mitteilt, ist der verurteilte Redakteur der „Volkszeitung“ Erich Hoffmann am Donnerstag morgen auf Anordnung des Oberreichsanwalts wegen Vorbereitung zum Hochverrat verhaftet worden.

A. Kr. So berechtigt der Kampf gegen den Putschismus der gegenwärtigen Leitung der KPD. und ihrer russischen Auftraggeber ist, so verfehlt ist das Vorgehen der Reichsanwaltschaft. Diese weltliche Auslegung der Bestimmungen des Strafgesetzbuchs über den Hochverrat ist unseres Erachtens nicht nur geisteswidrig, sondern auch politisch außerordentlich bedenklich. Daß der Staat sich gegen gewalttätige Angriffe auf die geltende Ordnung durch Maßnahmen zur Verhinderung ihrer Durchführung schützt, ist verständlich und berechtigt. Es muß sich aber um wirkliche Vorbereitungsmaßnahmen für ein gewalttätiges Vorgehen handeln. Nicht berechtigt aber ist, jeden Appell an die Bevölkerung in diesem Sinne schon als Versuch zu behandeln, und nur ein solcher Versuch ist nach dem geltenden Recht (zum mindesten seitdem das Republiksschutzgesetz außer Kraft ist) strafbar, nicht aber der Aufruf, einen solchen Versuch zu unternehmen. Dabei kann es sich höchstens um sogenannte vorbereitende Handlungen handeln, die nach dem geltenden Recht nicht strafbar sind. (Abgesehen davon halten wir grundsätzlich die Ausdehnung der Strafbarkeit auf solche vorbereitende Handlungen, wie sie im Entwurf des neuen Republiksschutzgesetzes vorgesehen ist, für verfehlt, weil sie der beherrschenden Willkür Tür und Tor öffnet). Auf diese Weise schafft man nur Märtyrer, man handelt also auch politisch dumm. Außerdem ist das Vorgehen der Reichsanwaltschaft in dieser Frage durchaus partiell. Denn wie haben wir nicht gehört, daß gegen ähnliche Artikel in der nationalsozialistischen Presse mit Hochverratsverfahren und gar sofortiger Verhaftung der Redakteure vorgegangen wurde. Wir sind gewiß dafür, daß man gegen die verbrecherische Putschpolitik der gegenwärtigen Leitung der KPD. und ihrer Organe in der Partei mit aller Energie und mit allen gesetzlichen Mitteln ankämpft. Wir haben das, so glauben wir, in den letzten Wochen deutlich gezeigt. Man schadet diesem notwendigen Kampf aber nur, wenn man dabei mit Mitteln kämpft, deren Berechtigung zum mindesten zweifelhaft ist. Gegen eine Presseagitation der Art, wie sie die kommunistische Presse treibt, kann man auch mit rein politischen Mitteln, entsprechender Aufklärung und Gegenagitation, so wie wir das dauernd tun, wirzen. Gehen die Putschisten dann zu Gewalttaten über, so ist es noch immer Zeit, einzugreifen. Die beherrschende Abwehraktion der letzten Wochen, die energisch und durchaus wirksam war, hat das deutlich genug gezeigt. Zumal die großen Massen auch der kommunistischen Arbeiter sich von der wüsten Hege der kommunistischen Presse sichtlich immer mehr voll und ganz abwandten und auch der gegenwärtigen verbrecherischen Leitung der KPD. bei ihren Aktionen immer deutlicher die kalte Schulter zeigten. Man hält diesen Prozeß nur auf, wenn man den kommunistischen Redakteuren auch nur den Schein einer Märtyrertat verleih. Es gilt, besonders angesichts der nicht geringen faschistischen Gefahr, der alte Satz: principiis obsta, d. h. widerstehe den Anfängen. So werden nur Präzedenzfälle für eine etwaige faschistische oder halbfaschistische Rechtsdiktatur geschaffen. Und die würden sich sicher mit Wonne auf sie berufen.

Die neueste kommunistische Aktion

Betriebsbesetzung und Betriebsabotage auf dem Rücken der Belegschaften

Das Zentralkomitee der KPD. hat — wie der „Soz. Pressedienst“ meldet, auf „Besetzung“ ihrer Politik unter den Erwerbslosen sofort nach dem mißglückten 1. Februar die Losung der Betriebsbesetzung und der evtl. Betriebsabotage herausgegeben, um so die „Massen in direkte Aktionen“ zu bringen und „Kämpfe mit der Staatsgewalt auszulösen“. Alle kommenden Aktionen müßten „auf einer höheren Stufe“ geführt werden. Nach dem Plan der KPD. sollen die KPD.-Zellen in den Betrieben und die kommunistischen Betriebsräte zusammen mit den vielfach aus KPD.-Leuten gebildeten „Arb.-erwehren“ und „reaktionären Stoßbrigaden“ auf halboffizieller Art den Kampf gegen Entlassungen, Stilllegungen

und Kregelungen führen. Zur Organisierung und Durchführung dieser Putschaktionen sind vom ZK. der KPD. besondere Instrukteure in die verschiedenen Bezirke geschickt, damit noch vor dem 6. März, dem Tag der neuen kommunistischen Erwerbslosen, Demonstrationen, eine „Rassenbewegung angeführt“ wird.

Die verbrecherische Politik der KPD. kennt keine Grenzen mehr. Der Überfall kommunistischer Horden auf das Opolwerk in Rüsselheim war nicht nur bis ins Kleinste organisiert, er war von der KPD.-Zentral-Fogusagen besetzt. Was mit dem kommunistischen Geheimdirektorium Arbeiterblut? Die eigentlichen Verbrecher sitzen wie immer auch jetzt wieder weit vom Schuß und waschen ihre Hände in Unschuld.

Die Finanzberatungen in der Schwebe

Interfraktionelle Verhandlungen erst wieder heute

Berlin, 12. Februar. (Eigener Bericht.)

Die Verhandlungen der Finanzkommission der ständigen der Regierungsparteien mit der Regierung werden am Freitag fortgesetzt werden. Am Donnerstag hat lediglich in kleinem Kreise eine informatorische Aussprache über die einzelnen Ausgabenpositionen des Jahres 1930 stattgefunden.

Nachdem der Gedanke der Herstellung einer Gefahrengemeinschaft zwischen der Arbeitslosenversicherung und der Sozialversicherung bei keiner Regierungspartei Gegenliebe gefunden hat, ist ein anderes Projekt in den Vordergrund getreten, und zwar soll das Reichsfinanzministerium durch den Verkauf von Prämienaktien der Reichsbahn, die sich im Besitz des Reiches befinden, an die Träger der Sozialversicherung die Mittel beschaffen, die zur Deckung des Beitrages der Arbeitslosenversicherung erforderlich sind. Die Verhandlungen über diesen Plan stehen noch im ersten Anfangsstadium, die Art seiner Durchführung noch keineswegs feststeht. Im Reichsfinanzministerium sind selbst Bedenken gegen diesen Plan aufgetaucht und in der letzten interfraktionellen Besprechung hat Minister Dr. Mosdenhauer bereits einen neuen Vorschlag zur Diskussion gestellt. Er läuft darauf hinaus, daß im Jahre 1930 150 Millionen, im Jahre 1931 100 Millionen Prämienaktien der Reichsbahn an die Sozialversicherung verkauft werden. Die Reichsbank für Arbeitslosenversicherung soll das Recht erhalten, den Restteil des Beitrages selbst zu beschaffen. Das bedeutet, daß die Reichsbank im Gegenzug zur letzten Regelung befreit wäre, entweder durch Verwaltungsreformen die Ausgaben zu vermindern oder durch Erhöhung der Beiträge die Einnahmen zu vergrößern. Eine Stellungnahme der Parteien zu diesem Vorschlag ist bisher nicht erfolgt.

Das Reichsstatistik hat sich am Donnerstag mit dem Etat für 1930 beschäftigt. Zu einem Abschluß der Beratungen ist es nicht gekommen. Sie werden in der nächsten Woche fortgesetzt werden. Der Reichsfinanzminister Dr. Mosdenhauer ist ermächtigt, über seinen neuen Plan zur Beschaffung der Mittel für die Arbeitslosenversicherung mit den Parteien zu verhandeln.

Der Reichsrat und der Nachtragset für 1929

Der Reichsrat beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Nachtragset für 1929.

Die Ausschüsse empfehlen eine Reihe von Entschärfungen, in denen die Reichsregierung ersucht wird, die Beschlüsse zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung möglichst zu beschleunigen, die notwendig werdenden neuen Steuern möglichst bald in Kraft zu setzen, ein Sparprogramm auf längere Zeit aufzustellen, für die finanzielle Sanierung künftige die schuldigen Beamten zur Verantwortung zu ziehen und schließlich bei der Subventionierung der Luftfahrtindustrie den freien Wettbewerb nicht zu unterbinden. Der Antrag der Reichsregierung, die von den Ausschüssen getriebenen jährlichen 60 000 Mark Verwaltungskosten für das Museum Alexander König in Bonn einzufrieren und außerdem einen einmaligen Betrag von 100 000 Mark zu bewilligen, wurde abgelehnt. Ein Antrag der Thüringischen Regierung auf Streichung der für Maßnahmen aus Anlaß des Volksbegehrens ausgegebenen 100 000 Mark fand nicht die erforderliche Unterstützung. Ein Antrag Berlins die Wellebeihilfe nicht nur für Leipzig, sondern auch für Berlin, Breslau, Köln und Königsberg zu gewähren wird mit 40 gegen 27 Stimmen abgelehnt, ebenfalls der Antrag Berlins die Wellebeihilfe für Leipzig in Höhe von 400 000 Mark zu streichen.

Der Etat wurde schließlich nach den Anträgen des Berichterstatters und den dazu eingebrachten Entschärfungen angenommen.

Opelwerke arbeiten wieder

In den Opel-Werken wurde am Donnerstag die Arbeit pünktlich aufgenommen. Die Kommunisten setzten sich sehr kleinlaut. Ein Versuch, um 8.30 Uhr eine Betriebsversammlung zustande zu bringen, scheiterte kläglich. Von einer Versammlung war nichts zu verspüren.

„Und der ist?“

„Versteht du das?“
„Ella wünschte schon, daß sie nicht gekommen wäre, oder daß wenigstens diese Heimführung vorüber wäre, denn es war nichts anderes als eine Heimführung. Sie traute Mrs. Irene Hallam nicht.“

Ihre Freundlichkeit war nur äußerlich und nicht aufrichtig. Die Härte, die hinter diesem immerwährenden Lächeln steckte, konnte nicht verborgen bleiben.“

Mr. Tupperwill kam etwas später, kurz nachdem Ella sich umgezogen hatte und in den Salon zurückgekehrt war. Sein Abenteuer hatte keine Spur hinterlassen, nur war er vielleicht noch etwas geschwätziger. Seine Augen leuchteten bei ihrem Anblick auf und er eilte durch das Zimmer, um ihr die warme, weiche Hand zu reichen.

„Das ist eine wunderbare Überraschung!“ sagte er. „Jetzt treffen wir uns unter Umständen, die für eine schöne Unterhaltung etwas günstiger sind!“

„Meine Schwägerin kennen Sie,“ bemerkte Ralf, und Mrs. Hallam, die so tat, als ob sie ihn schon früher gekannt hatte, wurde überkömmerlich und außerordentlich lebhaft.

Trotzdem war das Essen vom gesellschaftlichen Standpunkt aus ein Mißerfolg. Lou war bis aufs äußerste gelangweilt, das Mädchen hatte einen abgepannten Blick, denn ihre Unruhe nahm zu. Die einzige Person, die mit den vorgefundenen Umständen ganz zufrieden schien, war Mr. Tupperwill. Er hatte sein Lieblingsstema ausgegriffen, das die Ableitung der englischen Sprache war, und hatte seine philologische Rede bis zum Ende des Abends fortgesetzt, wenn Ralf ihn nicht auf ein weniger freundliches Thema gebracht hätte.

„Nun, die Polizei hat nichts herausgefunden“, sagte Mr. Tupperwill und schüttelte traurig den Kopf. „Ich habe mich darüber geärgert, daß die Polizei es erfahren hat, und ich kann es mir nicht erklären, wobei sie es weiß, es wäre denn, daß Major Amery es erzählt hat.“
„Ich bin sicher, daß Sie es nicht getan hätten, mein lieber Hallam.“

„Selbstverständlich habe ich es erzählt“, verteidigte Ralf ohne Jagen und Mr. Tupperwill schien es nicht zu gefallen. „Es war meine Pflicht. Ich nehme an, daß Sie sich aufgelegt hat?“
„Er war diesmal bei mir“, sagte Mr. Tupperwill. „Seine sehr nette Mann aber sehr, sehr neugierig. Uebrigens — seine Stimme klang so, er deutete sich zu Ralf hinüber, und sein Ton

wurde vertraulich und für die anderen nicht verständlich — „was Sie erwartet haben, ist eingetroffen. Eine gewisse Person hat ihr Konto geschlossen.“

Ralf schaute bezeichnend auf das Mädchen und Mr. Tupperwill verriet eine augenblickliche Verlegenheit.

„Hat er?“ Ich sagte es doch. Ich hätte darauf wetten können!“

Mr. Tupperwill wettete nicht und sagte es.

„Ich möchte über die Angelegenheit später sprechen“, meinte er und seine Augen waren auf Ella Marlowe gerichtet.

Die Gelegenheit kam, als Mrs. Hallam sie entführte um ihr die Photographien ihrer preisgekrönten Hunde zu zeigen.

„Sie legen, er hat sein Konto geschlossen und die Kasse abgeholt!“

Tupperwill nickte. „Das ist das erste und letzte Mal, daß ich mich schuldig gemacht habe, über Betrugangelegenheiten auch mit meinen besten Freunden zu sprechen“, sagte er ernst. „Ohne mir Ihre Theorie zu eigen zu machen, die ich ziemlich schnell als unwahrscheinlich zurückwies, daß nämlich Amery irgend etwas mit meiner schrecklichen Erfahrung zu tun hatte, bin ich zur Überzeugung gelangt, daß ein Geschäftsmann gut daran tut, wenn er keine Junge zurückhält.“

Er gab diese Gefühle bekannt, als wenn er eine große Entbedung gemacht hätte und trat zurück, um den hervorgerufenen Eindruck zu beobachten.

„Ich, er hat ohne irgendeine Erklärung sein Konto geschlossen, und ich kann Ihnen versichern, daß ich sehr, sehr froh darüber bin. Sie können sich nicht denken, in welcher Geistesverfassung ich während dieser letzten Woche war. Der Gedanke war mir schrecklich, daß Stebbings Bank das Konto eines Mannes führte, der allem Anschein nach ein angesehenes Mitglied der Gesellschaft ist, der aber vielleicht — ich sage vielleicht — direkt oder indirekt mit einem Unternehmen verbunden ist, das möglicherweise an sich selbst harmlos ist, aber von meinen Direktoren mit Mißgefallen angesehen werden würde.“

Nachdem Mr. Tupperwill seine zurückhaltende Meinung ausgesprochen hatte, wollte er mit der Hand, als wenn er das Thema fallen lassen wollte, in dem Augenblick öffnete sich die Tür und Lou kam herein. Ralf Hallam sah an ihrem Gesicht, daß etwas Unangenehmes vorgefallen war.

„Ella wünschte dich zu sehen, Ralf. Er sagte, er möchte dich allein sprechen.“ (Fortsetzung folgt.)

Nach ein Dementi

Die russische Volkspartei dementiert die Subventionierung der „Roten Fahne“

Die Berliner Sowjetbotschaft verbreitet zu unserer Kenntnis, daß die „Rote Fahne“ mit Sowjetgeld subventioniert wird, folgendes Dementi:

Die Meldung über angebliche Subventionierung in irgendwelcher Form der Zeitung „Rote Fahne“ durch die Sowjetbotschaft in Berlin ist glatt lachend zu bezeichnen.

Dementieren kann jeder, aber Glauben für ein Dementi findet nicht jeder! Das Dementi der Sowjetbotschaft ist reichlich vorhältig gehalten — der kommunistische Reichstagsabgeordnete Stöcker war im Reichstag vornehmlich vorsichtig. Er sprach davon, daß Sowjetbotschaft und Sowjetregierung der Sowjetunion in Berlin nur 14 Exemplare der „Roten Fahne“ bezögen. Wie immerhin die Frage, ob die Zeitung durch sie bezahlt werden, aber nur 14 Exemplare! Das ist bei den hohen Kosten zu beschreiben, als daß man es glauben könnte! Wenn Herr Stöcker wenigstens noch 10 Exemplare gesagt hätte! Aber ganze vierzehn!

Sie müssen sich schon jemanden suchen, der ihnen das glaubt! Gegenüber der kommunistischen Presse und den Behauptungen der Sowjetbotschaft ist seit langem der Grundlag: Je höher die Lüge, desto besser sie lügen, um so mehr Recht haben die Kommunisten!

Wir versichern vollkommen, daß es der Sowjetbotschaft peinlich ist, wenn an einem besonders klugen Punkte die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Kommunistischen Partei Deutschlands beleuchtet werden. Sie muß deshalb dementieren. Die Kunst des Dementis besteht bekanntlich darin, die Unmöglichkeit zuzugeben, was wirklich ist und nur sich an irgendwelche Einzelheiten festzuklammern. Wie Bezug und Verbindung erfolgen, unter welcher Maske und welcher angeblichen Zweckbestimmung, das ist völlig gleichgültig. Über die Tatsache selbst und den Umfang kann kein Dementi der Sowjetbotschaft aus der Welt schaffen, noch viel weniger die kommunistischen Zenträle.

Allen Dementierern ist zu empfehlen, daß sie sich nicht allzu oft mit dem Dementi beschäftigen. Die Sowjetbotschaft hat 3000 Exemplare der „Roten Fahne“, das sind mindestens zwanzig Prozent der Gesamtauflage, bezahlt. Das Unlandsabonnement der „Roten Fahne“ beträgt monatlich 4,80 Mark. Sie erhält also für sowjetrussischem Gelde 24.000 Mark im Monat, das sind 288.000 Mark mehr als eine Viertel Million im Jahre.

Eine Viertel Million für Gemeinheiten gegen die deutsche Arbeiterbewegung, gegen die deutsche Regierung, gegen die deutsche Republik.

Der Zusammenbruch der christlichen Gewerkschaftsbank

München, 13. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Der Zusammenbruch der bayerischen Eisenbahnerbank wird in der bayerischen Öffentlichkeit auf das schmerzhafteste diskutiert. Allein die christlichen Gewerkschaften in München büßen durch den Zusammenbruch etwa 300.000 Mark ein. Der christliche Metallarbeiterverband ist mit 90.000 Mark, der christliche Metallarbeiterverband mit 40.000 Mark gefährdet.

Am bedauerndsten sind die Tausende kleiner Sparer, die um ihr ganzes Vermögen gebracht worden sind. So haben beispielsweise die Pächter des Münchener Hauptbahnhofes, meistens Witwen, zusammen allein 18.000 Mark eingebüßt. Das Verbandsvermögen des bayerischen Eisenbahnerverbandes gilt ebenfalls als vollständig verloren. Auch die bayerische Bauernbank, ein Schweizerunternehmen der Eisenbahnerbank, ist in Mißstand geraten. Ihre Mitglieder hätten der eingelegten Ersparnisse zum größten Teil verlustig gehen.

Eine Revision hat ergeben, daß die Ursachen des Zusammenbruchs in einer bedeutenden Ueberforderung der Bank liegen, während ihre Zahlungsfähigkeit seit langem intakt geblieben ist. Die Bank hat gegen die einfachsten Regeln der Bankpolitik verstoßen, indem sie kurzfristige Spareinlagen in langfristigen Grundstücksanlagen investiert hatte. Der Bankleitung wird insbesondere verübelt, daß sie, die doch die Schwierigkeiten des Unternehmens seit langem kennen mußte, es noch für zweckmäßig gehalten hat, im vorigen Jahre eine Dividende von 12 Prozent vorzuschlagen. Die Verluste werden augenblicklich auf 2 1/2 Millionen Mark beziffert.

Der bayerische Ministerpräsident Held hat höchst persönlich zugunsten der insolventen Bank interveniert und sich um ein Eingreifen der Deutschen und Distanzbank bemüht. Diese Banken nehmen zurzeit eine Prüfung der Aktienbestände vor. Nach den bisherigen Schätzungen dürfte sich im Falle eines Vergleichsverfahrens die Quote für die Gläubiger im günstigsten Falle zwischen 30-40 Prozent bewegen. Die Berücksichtigung der Gläubiger, insbesondere der Sparer, wird sowohl der Höhe wie auch der Zeit nach im wesentlichen von der Verwaltung der Grundstücke abhängig sein.

Das Urteil des bayerischen Staatsgerichtshofes

In der Wahlrechtsfrage der Splitterparteien.

München, 13. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Der bayerische Staatsgerichtshof hat zur Wahlrechtsfrage der demokratischen Partei, der Wirtschaftspartei und des Christlichen Volksdienstes folgende Entscheidung gefällt:

„Die Artikel 42 und 48 des Bayerischen Landeswahlgesetzes verstoßen gegen die Reichsverfassung. Im übrigen werden die beschriebenen Urträge abgewiesen.“

Die Benennung von 15 bayerischen Landesabgeordneten ist als verfassungswidrig, da der Artikel 17 der Reichsverfassung vorschreibt, daß die Volkswahl jedes Landes in unmittelbarer (direkter) Wahl gewählt werden muß. Die Benennung war bisher so geregelt, daß die einzelnen Parteien entsprechend ihrer im ganzen Lande aufgeführten Stimmen eine bestimmte Zahl von Landesmandaten zugewiesen erhielten, die sie nach eigenem Gutdünken mit durchgefallenen Wahlberechtigten besetzen konnten. Der ganzen Frage hat der Staatsgerichtshof demnach nur zu einem kleinen Teile entsprochen, da er den Kern der Frage, die Mandatsverteilung nach Wahlkreisen und im Verhältnisverfahren (Artikel 41 und 55) abgewiesen hat. Der bayerische Staatsgerichtshof hat damit die in Bayern getroffenen Bestimmungen zur Bekämpfung der Splitterparteien als mit der Reichs- und Landesverfassung im Einklang stehend erklärt.

Herr Scheuer geht

Ausscheiden des privaten Getreidehändlers aus dem Getreidehandlungsverein.

Das bisherige Aufsichtsratsmitglied der Getreideindustrie und Commission A. G. (G. I.) Karl Scheuer hat am Donnerstag sein Amt niedergelegt.

Scheuer war Generaldirektor der G. I., bis das Unternehmen durch die Preukenfälle und die Rentenbank-Kreditanstalt übernommen wurde. Er trat mit Uebernahme des Amtes in den Aufsichtsrat der G. I. ein. Vor kurzem erst leitete er von einer Studienreise aus Nordamerika zurück, wo er vier Monate weilte. Ohne Zweifel hat ihn keine Abwesenheit den laufenden Geschäften bei der G. I. entzogen. Schon lange mußte man, daß das Zusammenarbeiten Scheuers mit den neuen

Männern der G. I. kein glückliches war. So stehen gewisse Männer Scheuers, die mit der Idee einer weiteren Konzentration zusammenhängen, auf Widerstand. In einer Verlautbarung wird erklärt, daß der Scheuer-Kongress in Zukunft der Berechtigung entbehrt, Geschäfte oder Maßnahmen der Gesellschaft mit seinem Namen in Verbindung zu bringen. Jedenfalls wird es für die Großaktionäre der G. I. nur angenehm sein, wenn das Unternehmen in Zukunft nicht mehr nach seinem früheren Generaldirektor Scheuer (Scheuer-Kongress) bezeichnet wird.

Darüber hinaus verläuft, daß Scheuer seit längerer Zeit engere Beziehungen mit der Berliner Großbank angenommen hat. Unter anderem wird der Name Dr. Solmsen von der Diskonto genannt. Solmsen ist einer derjenigen Finanzgewaltigen, die neuerdings auch ihr Herz für die Landwirtschaft entdeckt haben. Er vertritt unter anderem die Idee des Raescheines, also der Erntekommodierung. Man will wissen, daß er diesen Gedanken in Gemeinschaft mit anderen Großbanken durchzuführen plant. Es ist schon möglich, daß Scheuer in Zukunft mit ihm wird. Sein Ausscheiden aus der G. I. ist jedenfalls zu begrüßen. Mit ihm ist der Vertreter einer spekulativen Privatwirtschaft aus dem Aufsichtsrat der G. I. ausgeschieden, dem wir schon seit den Tagen des Verkaufs der G. I. mit ziemlichem Mißtrauen gegenüberstanden.

Die erste Schlacht beendet

Ueberwindung der Gesetze über die Haager Abmachungen an die Ausschüsse

Berlin, 13. Februar. (Eigener Bericht.)

Am Donnerstag hat der Reichstag die erste Beratung der Young-Gesetze geschlossen. Es sprachen nur noch Vertreter des unentwegten nationalsozialistischen Widerstandes.

Herr Scheuer (Komm.): Die nationalen Sozialen Jugendbergs sollen nur die Massen in das faschistische Fahrwasser laden. Im Ernst denken Sie (nach rechts) gar nicht an eine Belämpfung der Erfüllungspolitik. Wenn diesmal wieder wie beim Dawesplan eine Zweidrittelmehrheit angefordert wäre, würden die Deutschen nationaler wieder genug Jaager abkommandieren.

Herr Dr. Wendhausen (Christlichnational Arb.-Gem.) vertritt den amtlichen Widerstand der Kriegsschuldlinge im Haag. Wenn man ehrlich sein wolle, dürfe man diesen unerfüllbaren Vertrag nicht unterschreiben.

Herr Graf zu Reventlow (Natio.) kommt auf die Zerstückelung der Reichslande und meint, es hänge ganz vom Haager Schiedsgericht ab, ob es den Zerstückelungsfall konstruieren will. Damit schließt die Aussprache. Die Vorlagen werden dem Außenpolitischen und dem Haushaltsausschuß überwiesen. Nächste Sitzung 19. Februar.

Streik und Preußen

Neustrelitz, 13. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

In der Donnerstag-Sitzung des Landtags von Mecklenburg-Strelitz gab Landtagspräsident Joch zu der Frage eines Anschlusses von Mecklenburg-Strelitz an Preußen eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

„Ueber das Ergebnis der unverbindlichen Fühlungnahme der Staatsregierung mit Preußen hat diese den Parteien des Landtages in einer infraktionellen Aussprache berichtet. In einer außerordentlich sachlich geführten Erörterung in der die Finanzlage des Landes, Vergangenheit und Zukunft einen breiten Raum einnahmen, haben alle Parteien ihre Zustimmung erteilt, daß Unterlagen für die Beurteilung der Frage herbeigeholt werden sollen, wie sich der Uebergang von Mecklenburg-Strelitz an Preußen auswirken würde.“

Diese Erklärung wurde, mit Ausnahme der Kommunisten, von allen Parteien gebilligt.

Endlich eine Besserung bei der Reichspost

Der Reichstagsausschuß für den Reichshaushalt genehmigte am Donnerstag zunächst einen Antrag des Reichspostministers, durch den 250 Stellen in den Beamtenverhältnissen überführt werden sollen. Eine solche Ueberführung aus dem Lohnverhältnis in das Beamtenverhältnis, die von allen Mitgliedern des Ausschusses wiederholt verlangt worden ist, war bisher nicht möglich, weil Reichsfinanzminister und Reichspostminister gegen solche Maßnahmen Bedenken erhoben hatten. Nachdem der Reichsfinanzminister sich nach wiederholten Verhandlungen nunmehr mit der Ueberführung einverstanden erklärt hat, wird die Maßnahme noch im laufenden Rechnungsjahr durchgeführt werden.

Konstituierung des genossenschaftlichen Einheitsverbandes

Berlin, 13. Februar.

Nach der Auflösung des Reichsverbandes der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften und des Generalverbandes der Deutschen Raiffeisen-Genossenschaften hat nunmehr heute in Anwesenheit des Reichslandwirtschaftsministers Dietrich die Konstituierung des genossenschaftlichen Einheitsverbandes stattgefunden, der unter der Bezeichnung Reichsverband der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften Raiffeisen a. B. demnächst seine Tätigkeit aufnimmt. Dem Einheitsverband trat in der heutigen Sitzung insgesamt 35 Verbände und zwölf Zentralgeschäftsstellen bei mit insgesamt 37.800 Einzelgenossenschaften. Der Vorstand des Einheitsverbandes ist folgendermaßen zusammengesetzt: Landesökonomierat Dr. E. J. Johansson als Ehrenpräsident, Geheimrat Landesökonomierat Höhnegg und Reichsminister a. D. Dr. Hermes als Präsidenten, Regierungspräsident Dr. Freyher von Braun und Landesökonomierat Dr. Kabe als stellvertretende Präsidenten, Regierungsrat Gennes als Generalsekretär, Direktor Schmidt und Direktor Brenning als stellvertretende Mitglieder des Präsidiums.

Reinfall einer parteiischen Regierung

Sensationelle Enthüllungen in einem Wiener Waffenprozeß

Wien, 13. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Die Hausdurchsuchung, die am 14. Februar 1929 in dem sozialdemokratischen Parteihaus in Wien bzw. den Räumen der Waffenhandlung des Arbeiter-Jagd- und Schützenvereins vorgenommen wurde und zur Beschlagnahme zahlreicher Waffen führte, hatte am Donnerstag vor einem Wiener Bezirksgericht ein Nachspiel. Die Angeklagten wurden bis auf den Geschäftsführer der Waffenhandlung Wobal freigesprochen. Der Geschäftsführer erhielt 48 Stunden Arrest.

Der Sekretär des Schützenbundes Seina, der zugleich Geschäftsführer und Vorsitzender des Arbeiter-Jagd- und Schützenvereins ist, ferner der Geschäftsführer der Waffenhandlung des Schützenbundes Wobal und ein Beamter der Waffenhandlung namens Bader waren wegen Ueberführung des Waffenangeleges angeklagt. Sie verwiesen im Verlauf ihrer Vernehmung übereinstimmend darauf, daß die Beschlagnahmen 248 Gewehre mit Genehmigungen der zuständigen Behörden aus dem Arbeiter-Jagd- und Schützenverein aus Deutschland eingeführt wurden und der Schützenverband von der Verbote genehmigt sei. Außerdem erklärten sie, daß die Verbote von dem Verbande der Waffen gewahrt haben und die Gewehre viel mehr Waffen besäßen. Man könne der Sozialdemokratie unerschrocken anrufen, einen Angriff der Heimwehr ungewollt abzuwehren.

Die Verteidiger der Angeklagten beantragten, den Bundesrat Scheiber und andere Persönlichkeiten des politischen

Lebens darüber zu vernachlässigen, daß der Angriff von der Heimwehr ein gewalttätiger Angriff auf das Gebilde der Arbeiter-Jagd sein gewollt gewesen sei und die Sozialdemokratie sich dagegen habe wehren müssen. Außerdem wurde die Vernehmung des Bezirkshauptmanns von Judenberg in der Stiermark darüber gefordert, daß er ein großes Waffenlager der Heimwehr aufgedeckt habe und ihm vom kaiserlichen Landeshauptmann verboten worden sei, die Waffen zu beschlagnehmen. Schließlich sollte noch der sozialistische Abgeordnete Dr. Kerner darüber vernommen werden, daß er zwei Monate vor der Hausdurchsuchung an Dr. Seipel den Antrag gestellt habe, die innere Ubrückung durchzuführen, Seipel das aber mit der Begründung abgelehnt habe, die Voraussetzungen für eine innere Ubrückung seien noch nicht gegeben.

Der Richter lehnte sämtliche Beweisurteile ab und verurteilte das Urteil. Der Geschäftsführer der Waffenhandlung Wobal wurde zu 48 Stunden Arrest verurteilt, weil er die Waffen nicht im Verkaufstafel, sondern im Keller, also vor dem Christen wärzig, aufbewahrt habe. Von der Anklage, unbefugt Waffen besessen zu haben, wurde er freigesprochen.

Sturmjungen in einem Seimauschuß

Warschau, 13. Februar.

Im Seimauschuß zur Untersuchung der Vorfälle vom 31. Oktober, an welchem Tage bekanntlich polnische Offiziere in die Vorhalle des Seims eindrangen, kam es heute bei Verlesung des Briefes des Marschalls Pilsudski an den früheren Ministerpräsidenten Swietoslowski zu hitzigen Auseinandersetzungen. Pressemeldungen zufolge soll dieser Brief eine Reihe beleidigender Ausdrücke über Seimarschall Pilsudski enthalten. Die Anhänger des Pilsudskibüros verlangten die Veröffentlichung des Briefes, der sich jedoch die oppositionelle Mehrheit widersetzt. Die Abgeordneten des Regierungsbüros verließen hierauf demontriert das Beratungszimmer. Der Obmann des Untersuchungsausschusses, der Nationaldemokrat Czejewski, legte hierauf den Vorsitz nieder.

Lügen der französischen Rechtspresse

Paris, 13. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Die französische Presse, namentlich die „Liberté“ und der „Paris Midy“ hat am Donnerstag ein angeblich aus Moskau stammendes Telegramm veröffentlicht, das besagt, Litwinow habe dem französischen Vorkonsul in Moskau eine offizielle Note überreicht, in der die Sowjetregierung gegen die vor den Toren der Pariser Sowjetbotschaft erfolgte Verhaftung des zweiten Vorkonsulsekretärs Nestcherpoff Protest einlegt. Die Note erwähne ferner, daß die französische Polizei mehrere Hausdurchsuchungen bei in Paris wohnhaften sowjetrussischen Staatsbürgern vorgenommen und auch einen Beamten der sowjetrussischen Handelsvertretung in Paris namens Bloch verhaftet habe. Die Sowjetregierung fordere, daß die unter Verletzung der diplomatischen Immunität Verhafteten sofort auf freien Fuß gesetzt werden.

Wie der Korrespondent des „Soz. Pressebüros“ dazu von zuständiger Seite erzählt, ist das Moskauer Sensationstelegramm vom ersten bis zum letzten Wort erfunden. Nestcherpoff, der zweite Sekretär der Sowjetbotschaft, ist niemals verhaftet worden; die Hausdurchsuchungen haben niemals stattgefunden und das Mitglied der Handelsvertretung (das übrigens nicht Bloch, sondern Woska heißt) konnte um so weniger verhaftet werden, als er längst Paris verlassen hat. Auch die angebliche Litwinow-Note existiert nur in der Phantasie der französischen Rechtspresse.

Beginn der Budgetdebatte in Paris

Paris, 13. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

In der französischen Kammer begann am Donnerstag die Generaldiskussion über das Budget für 1930, die der Aussprache des Einnahmestats vorangeht.

Das französische Budget für 1930 sieht Einnahmen und Ausgaben von rund 50 Milliarden Franken vor. Ferner sollen aus den Erträgen des Tabakmonopols und der Erbschaftsteuer 7 1/2 Milliarden der autonomen Amortisationskasse überwiehen werden, so daß sich die Belastung der französischen Steuerzahler auf insgesamt rund 60 Milliarden bezieht. Trotz dieser horrenden Steuerlast und trotz der in den letzten Jahren erzielten Ueberflüsse, die dem Finanzminister die Anbahnung einer stillen Reserve von etwa 20 Milliarden ermöglicht hätten, hat sich Chéron bisher beharrlich jeder fortschrittlichen Finanzpolitik des progressiven Steuerabbaues widersetzt und alles getan, um die Sozialversicherungsreform zu hintertreiben und die ohnehin lächerlichen kleinen Veteranenrenten zu sabotieren, die den Staat einige hundert Millionen Franken kosten würden. Wie weit sich die Dinge bereits zuspitzen, geht aus den am Donnerstag in den Vorbesprechungen der Kammer mit großer Bestimmtheit kolportierten Gerüchten hervor, daß Tardieu wahrscheinlich gezwungen sein werde, seinen Finanzminister fallen zu lassen, wenn er nicht das Schicksal seines Gesamtkabinetts in Frage stellen will.

Die Kammerdebatte, in der sämtliche Parteien mit ihren großen Reden antreten werden, dürfte eine volle Woche in Anspruch nehmen.

Der Bojzeichel als Spion

Bukarest, 12. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Die rumänische Grenzpolizei nahm am Dnestr-Fluß einen Sowjetpion namens Caraman fest, in dessen Gepäck sich große Geldsummen und eine kiffrierte Geheimkorrespondenz für den bolschewistischen Spionagedeal in Bukarest befanden.

Der Spion gab bei seiner Vernehmung zu, im Dienste der russischen Tscheka zu stehen und erläuterte gegenüber der Polizei das russische Spionagerüst in Rumänien in allen Einzelheiten. Weiter der Spionage ist der bis Donnerstag im aktiven Dienst befindliche Chef der politischen Polizei in Bukarest, namens Tibacu. Das gegen ihn zutage geforderte Material ist so erdrückend, daß Tibacu sofort verhaftet wurde. Der Vorfall hat in Bukarest tiefe Sensation hervorgerufen und dürfte wahrscheinlich zu diplomatischen Verwicklungen führen.

Bukarest, 13. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Die von der rumänischen Polizei aufgebaute bolschewistische Spionagerüst hat ergeben, daß außer dem Chef der Bukarester politischen Polizei auch noch andere hochgestellte Persönlichkeiten der rumänischen Regierung in den Skandal verwickelt sind. Sie haben ähnlich wie der Hauptgenosse Tibacu von der russischen Tscheka jeden Monat hohe Gehälter bezogen. Tibacu erhielt nicht weniger als monatlich 20.000 Lei. Die Gehälter für Dezember und Januar sollten ihm von dem verhafteten bolschewistischen Spion Caraman überbracht werden. Tibacu hat nach weiteren Feststellungen der Polizei die bolschewistische Tscheka über die Maßnahmen des rumänischen Sicherheitsdienstes regelmäßig in allen Einzelheiten informiert.

Waffenhandlung

14. 2. 1929

Katholik 1.24 1.24

Katholik (Bund) 0.70 0.70

Waffenhandlung (Ant. Vogel) 1.28 1.28

Waffenhandlung (Ant. Vogel) 1.28 1.28

Waffenhandlung (Ant. Vogel) 1.28 1.28

Waffenhandlung (Ant. Vogel) 1.28 1.28

Waffenhandlung (Ant. Vogel) 1.28 1.28

Waffenhandlung (Ant. Vogel) 1.28 1.28

Waffenhandlung (Ant. Vogel) 1.28 1.28

Waffenhandlung (Ant. Vogel) 1.28 1.28

Waffenhandlung (Ant. Vogel) 1.28 1.28

Waffenhandlung (Ant. Vogel) 1.28 1.28

Waffenhandlung (Ant. Vogel) 1.28 1.28

Waffenhandlung (Ant. Vogel) 1.28 1.28

Waffenhandlung (Ant. Vogel) 1.28 1.28

Waffenhandlung (Ant. Vogel) 1.28 1.28

Waffenhandlung (Ant. Vogel) 1.28 1.28

Breslauer Nachrichten

Der gesundeste Beruf

Auch ein Beitrag zur Berufsberatung

Jährlich gibt es in den Familien, in denen Jungen zur Schulentlassung kommen, großes Kopfzerbrechen wegen der Frage: Was soll unser Junge werden? Die Entscheidung ist gerade in der jetzigen Zeit ungeheuer schwer, denn Krisen in allen Berufen, niemand weiß, was einmal werden wird. Hinzu kommt noch die Frage, ist der Junge dem Beruf gewachsen, körperlich wie geistlich. Es muß auch die Frage geprüft werden, können die Eltern ihre Jungen noch drei oder vier Jahre durchbringen, ohne daß er etwas verdient, denn Lehrlingsentschädigung gibt es erst in sehr wenigen Berufen, höchstens etwas Taschengeld. Immer wieder muß jedoch betont werden, daß der beste Berater in allen diesen Fragen das Berufsamt ist, das allen Eltern kostenlos mit Rat und Tat zur Seite steht und auch Lehrstellen vermittelt.

Aber auch die Frage, welche Anforderungen stellt der Beruf an die Gesundheit des Menschen, oder welche Gefahren drohen an den Menschen in gesundheitlicher Beziehung in diesem oder jenem Beruf, ist nicht von untergeordneter Bedeutung, schwant die Sterbeziffer in den verschiedensten Berufen doch ganz gewaltig. Naturgemäß haben Berufe, deren Angehörige viel in der frischen Luft arbeiten können, vor anderen den Vorzug. Aber der gesundeste Beruf ist doch wie wir einer Statistik entnehmen, der Beruf der Geistlichen. Er erfordert nicht solche nervenerschöpfende Arbeit wie der eines Maschinenmannes. Außerdem ist die Arbeitszeit einigermassen gut geregelt, so daß auch die notwendige Zeit für Erholung und Muße zur Verfügung steht. Daß diese Berufsangehörigen auch einigermassen sorgenfrei leben, sei nur nebenher erwähnt. Wie wir feststellen konnten, weist der Beruf der Geistlichen unter fünfzehn Berufen die niedrigste Sterbeziffer auf. Sehen wir diese gleich hundert, so würde sich für die anderen vierzehn Berufe folgendes Bild ergeben:

Sehr gesund ist der Beruf des Gärtners, bei dem die Sterbeziffer 108 beträgt, dann folgt der Landwirt mit 114. Einen tüchtigen Sprung tut schon der Fischer, bei dem die Sterbeziffer 143 beträgt, dem folgt der Schlosser mit 155, also mehr als 50 Prozent als beim Geistlichen. Die Sterbeziffer des Schuhmachers beträgt 166, der Schmiede 175, ihnen folgen die Eisenbahner mit 182 und die Schneider mit 189. Der ärztliche Beruf stellt an den Menschen ziemlich große Anforderungen, denn die Sterbeziffer der Ärzte übersteigt mit 202 die der Geistlichen um mehr als das Doppelte. Auch der Schlachterberuf ist keineswegs gesund, das mag von dem vielen Fett herrühren, hier beträgt die Sterbeziffer 211. Im weitesten Abstande folgen die Bierbrauer (mit ihren Bierbergen) mit 245. Der Droschkenkutscher hat auch einen wenig noblenwertigen Beruf, beträgt die Sterbeziffer doch 267, die aber von den Gastwirten mit 274 noch in den Schatten gestellt wird. Aber alle diese Berufe reichen in der Sterblichkeit nicht an den Beruf des Bettlers und Hausierers heran. Mit 338 werden alle anderen Berufe weit übertroffen. Es dürfte also ratsam sein, diesen „Beruf“ nicht zu ergreifen.

Sparlichkeit bei der Gartenverwaltung

Unsere Promenaden sind nach der vollkommenen Verwilderung und Verunkrautung während des Krieges in den letzten Jahren im wesentlichen durch Kostenspararbeiten wieder in Ordnung gebracht worden. Nun wird diesen Sommer ihre Schönheit wieder wesentlich verfallen. Die Not der Zeit hat zu großen Abstrichen im Etat der Gartenverwaltung geführt, vor allem soll an der Beschäftigung von Saisonarbeitern gespart werden. Aber auch an Blumen. Statt der in Töpfen gezogenen Beetzpflanzen sollen nur noch Sommerblumen und Stauden Verwendung finden. Allerdings sind zunächst noch Topfpflanzen da, aber neue sollen nicht mehr gezogen werden. Der Sparlichkeit sollen auch die letzten drei Promenaden in Scheitern, sowie ein Marktkier zum Opfer fallen, weil sie nicht rationell genug im Betriebe sind. Die Gartenverwaltung hat gestern dem Verkauf zum Schlachten zugestimmt.

Mit dem Revolver im Wohlfahrtsamt

Gestern früh kam es zu einem bedauerlichen Zwischenfall in der Kreisstelle des Wohlfahrtsamtes in der Heimrichstraße 12. Ein Arbeiter kam sich erkundigend, ob sein Antrag auf Bewilligung von Kleidung erledigt sei. Als ihm erklärt wurde, daß bis Montag die Angelegenheit erledigt werden würde, begann der Arbeiter zu schimpfen und erklärte, daß er Montag schießen würde, wenn man ihm wieder verweigern wollte. Dabei zog er eine Pistole aus der Tasche und richtete sie gegen eine Mitarbeiterin mit der Bemerkung, daß er das Ding schon heute mitgebracht habe. Die allerdings unbedenkenliche Waffe wurde dem Manne von der Polizei abgenommen.

Wer war nun der „Sieger“

Wie beim Schluß jedes Sechstägertennens, kam es auch gestern Abend in der Sportarena zu dem üblichen Krach. Die Masse johlte und piffte und wollte andere Sieger sehen, als die, die offiziell gewonnen hatten. Der Standal wurde schließlich so groß, daß der übliche Schluß mit Grentrunden und allem Drum und Dran unterblieb. Die Stehplatzinhaber harrierten aber trotzdem aus und die Halle mußte schließlich von Personal und Schupo geräumt werden. Daß dabei Fensterstöße in die Brüche gingen, ist verständlich und paßt in dieses ganze Milieu.

Holtei-Erinnerungen im Schloßmuseum

Zum 50. Todestage Karl von Holteis hat das Schloßmuseum aus den Beständen der städtischen Kunstsammlungen eine Reihe von Erinnerungen an den Dichter ausgestellt. An erster Stelle steht das lebensgroße Bildnis von Holteis zweiter Gattin, der Schauspielerin Julie Holzbecher. Ein Kaffee-Service, Holteis vom israelitischen Handlungsdienerinstitut in Breslau zum 18. Geburtstag geschenkt, zeigt in farbiger Malerei Gedankensätze aus Obernig, den „Niederhof“, wo Holteis schöne Jugendjahre verlebte, das oft besuchte Park- und Försterhaus, das Schloß und seine Lieblingsplätze im Walde. In einer Vitrine liegen Bücher mit handschriftlichen Widmungen, Briefe und Briefe Holteis an den „Herrn Oberghymnasialen“, den späteren Hof-Schauspieler Max Gube. In seiner humorvollen Art schreibt Holteis in einem Briefe von 1875 über damals aktuelle Theaterfragen Breslaus, die mit denen unserer Tage viele Ähnlichkeit haben. Heute geht es um Sein oder Nichtsein der Oper; damals um den Theaterdirektor Lobe mit seinem Mitarbeiter Dr. Laube vor der Frage der endgültigen Schließung der Schloßbühne, falls ihm nicht 150 000 Gulden Unterstützung bewährt würden. Ein Dokumentenstück für Holteis' Junglinge und Mädchen, Bildnisse aus den letzten Lebensjahren mit Widmung in Versen und eine Tabakdose mit Holteis' Namenszug ergänzen die Erinnerungen an den Dichter.

Molinari und die Landschaftsbank

Die Geschäftsverbindungen zwischen Molinari und der Landschaftlichen Bank - Starke Vertrauen der Bank in die „allehrwürdige“ Firma - „Grjmel, der böse Geist des Hauses“

Die Verhandlung am Donnerstag, die sich zeitlich weit ausdehnte als die der Vortage, beschäftigte sich mit den Beziehungen zwischen der „Schlesischen Landschaftlichen Bank“ und der Firma Molinari. Erneut marschierten eine Reihe von Zeugen auf, denn es galt, recht diffizile Dinge zu erörtern. Dadurch, daß sich die Zeugen in ihren Auslagen wiederholten, weil ja jeder stets von neuem den Verlauf der Geschäftsbeziehungen zwischen Bank und Molinari erzählte, erhielt die gestrige Verhandlung allerdings einen etwas eintönigen Charakter. Immerhin aber schälte sich nach und nach die Art dieser ein wenig merkwürdigen Geschäftsverbindungen, die seinerzeit der „Landschaftsbank“ einen Verlust von über 2 Millionen Mark erbrachten, recht klar heraus. In der vielfältigen allgemeinen Diskussion der Definitivität über den Zusammenbruch der Firma Molinari spielte bekanntlich eine lange Zeit und auch jetzt noch die Frage eine bedeutende Rolle, ob nicht etwa die Landschaftliche Bank bei ihrer ausgedehnten Kreditgewährung an Molinari ein paar große Böse geschossen hat. Diese Vermutung bzw. die Vorurteilnahme gegen die Bank machte sich selbstverständlich auch bei der Verhandlung am Donnerstag bemerkbar. Der Zuhörer hatte gestern sogar des öfteren das Gynpfinden, als würde die Verhandlung gewissermaßen mit zwei Fronten geführt, weil eben nachprüfen war, ob die Bank etwa infolge letztkündigen Geschäftsgebahrens an den Sünden Molinaris eine Art Mitverantwortung, wenn auch nur indirekten Charakter trägt. Die Verteidigung machte sich diesen Umstand natürlich zunutze und versuchte gegen die seinerzeitige Bankführung den Vorwurf zu erheben, daß sie in einzelnen Fällen gegenüber der Firma Molinari unbankmäßig (ein Sachverständiger unterstrich das) ja sogar gegen ihre eigenen Statuten und gegen den Willen des Kuratoriums der Bank gehandelt habe. So brachte denn Dr. Quabbe z. B. auch einen Beweisantrag durch, der die Generalbankverwaltung veranlassen soll, zu untersuchen, ob damals bei ihren Direktoren ein statutenwidriges Verhalten vorlag.

Zum Gegenstand der geschäftlichen Beziehungen zwischen Molinari und der Landschaftlichen Bank äußerten sich gestern, wie gesagt, eine ganze Reihe von Zeugen und zwar Direktor Fritz Pantell, der von 1877 bis 1925 in der Bank beschäftigt war, Helmuth Freiherr v. Stillfried, zeitweise in der Kreditabteilung der Bank tätig, Geheimrat Paul Grjmel, der seit dem 1. August 1923 zum Direktorium der „Landschaftlichen“ gehört. Hauptverantwortlich für die Geschäftshandlungen der Bank gegenüber Molinari waren jedoch nicht diese vier Herren, sondern Herr Forell, der damals mit Molinari und Grjmel zusammenarbeitete und heute freitags hinsichtlich der Gründe seines Ausscheidens doch recht weitherzigen Entgegenkommens gegenüber Molinari zu Wort kommen wird.

Man hat lange bezweifelt - das ergab sich aus der gestrigen Verhandlung - ob Geschäfte mit Lebensmitteln, großtun überhaupt in den Arbeitsbereich der Landschaftlichen Bank gehören können. Diese Bedenken waren für die damalige Zeit, unmittelbar nach der Inflation, unberechtigt. Die Bank „mußte verdienen“ und konnte sich nicht darauf beschränken, teure Devisenkredite an die Landwirte zu vermitteln. Man suchte deshalb Verbindungen mit großen Handels- und Industrieunternehmen, und zwar war das die besondere Aufgabe

einer Inzwischen wieder aufgelösten Tochtergesellschaft, der sogenannten Lombard-Gesellschaft, die damals von dem vorerwähnten Direktor Forell geleitet wurde. Hauptkundschaft dieser Lombard-Gesellschaft war Molinari. Ihm brachte man, da es sich um eine alleingelassene, renommierte Firma handelte, allseitiges Vertrauen entgegen. Dieses Vertrauen blieb bis kurz vor dem Zusammenbruch der Firma bestehen, da die Herren von der Bank es sich angeblich einpaß nicht vorstellen konnten, daß ein so ehrenwerter Kunde sich auf betrügerische Manipulation einlassen würde.

Wie von allen gestern vernommenen Zeugen einmütig berichtet wurde, hat es die Lombard-Gesellschaft durchaus nicht an Versuchen fehlen lassen, um sich Sicherheiten zu verschaffen. So schloß man schon im Mai 1924, als das Konto Molinari beunruhigend zu wachsen begann, einen Vertrag, der die Firma verpflichtete, ihre gesamten Warenbestände der Bank zu übereignen und außerdem alle einlaufenden Gelder über die Bank zu leiten. Mehrfach will man in der Bank jerner der Ueberlegung nahegetreten sein, ob es nicht besser sei, mit den Geschäftsbeziehungen zu Molinari Schluß zu machen. Davon meinte man jedoch absehen zu wollen, weil man befürchtete, auf diese Weise das bereits gegebene Kapital bestimmt zu verlieren. So schloß die Bank mehr und mehr vor, in der Hoffnung, mit weiteren Krediten die ersten wieder hereinholen zu können. Schließlich aber wuchs bei der Bank die Unruhe. Sie veranlaßte daher Molinari zu einem neuen Vertrag und bedang sich in diesem das Recht des Einbitts und der Kontrolle über die Betriebsführung der Firma aus. Für einige Tage entsandte die Bank sogar einen ihrer Beamten in das Büro der Firma, und außerdem ließ sie sich die Bilanzen vorlegen.

Offenkundiges Mißtrauen gegen Molinari zeigte erst viel später ein, nämlich als die Befürchtung auftauchte, daß die der Landschaftlichen Bank überlassenen Wechsel nicht restlos Warenwechsel, sondern Gefälligkeitsakzepte waren. Nachmals aber ließ sich die Bank alle Bedenken ausreden, ja, man gab sich sogar dazu her - und das beruht merkwürdigerweise - Molinari einen Tag vor seinem Zusammenbruch einen weiteren großen Kredit (200 000 Mark) zu gewähren. Schließlich erfolgte dann die Zahlungseinstellung von Seiten Molinaris und die Bank schloß mit einem Verlust von über 2 Millionen Mark ab. Die Kennsumme der darunter befindlichen ungedeckten Gefälligkeitsakzepte belief sich allein auf 1 1/2 Millionen Mark.

Ob und inwieweit sich das Verhalten der Landschaftlichen Bank gegenüber Molinari vom Gesichtspunkt des reinen Bankinteresses rechtfertigen läßt, war nach Verteidigung der gestrigen Verhandlung noch nicht völlig klar. In dieser Hinsicht dürften die heutigen Auslagen des Direktors Forell das Bild ergänzen. Gewiß werden sie darüber Aufschluß geben, in welchem Umfang die Verteidigung recht hat, wenn sie behauptet, daß die Bank fortgesetzt Wechsel von Molinari ohne Rücksicht auf ihren inneren Wert entgegennahm, nur um sich dadurch für ihre weitherzige Kreditgewährung gegenüber dem Kuratorium zu deden.

Um das Menschliche nicht zu vergessen: Bei keinem der Zeugen, die sich gestern äußerten, war etwas von irgendwelcher Antipathie gegen Molinari zu spüren. Jedermann hat ihn anscheinend für einen ebenso achtenswerten wie sympathischen Menschen gehalten. Umso stärker aber rüdt man von Grjmel ab. „Der böse Geist des Hauses“ war Herr Grjmel. Molinari befand sich in seinem Schlepptau.

Die Stromversorgung Breslaus

In der letzten Zeit ist vielfach auf den Ausbau eines der Berliner Kraftwerke durch Rutschspeicher hingewiesen worden. Diese Anlage wird als ein besonders wirtschaftliches Mittel zur Spitzendeckung gerühmt, das zugleich die Eigenschaften hat, durch augenblickliches Eingreifen bei Störungen der Stromversorgung einen besonders hohen Grad von Sicherheit zu versichern. Es wurde dabei bemerkt, daß auch für die Stadt Breslau, wo die Belastung eine sehr scharfe Lichtspitze aufweist, ein solcher Ausbau des Werkes am Scheidenweg durch Rutschspeicher in Erwägung zu ziehen ist.

In letzter Zeit hat nun das E.W. Schließen der Stadt Breslau ein Angebot gemacht, wonach die Stadt Breslau eine Leistung von 10 000 Kilowatt von dem Kraftwerk Tschednig beziehen soll. Während nun eine Rutschspeicheranlage für die gleiche Leistung weniger als zwei Millionen kosten würde, wird für den Bezug von Fernstrom die Verlegung von Kabeln vorgeschlagen, die gleich für eine Leistung von 30 000 Kilowatt ausgelegt werden sollen, und für die die Stadt Breslau ein Kapital von 3 Millionen festzulegen hätte. Es muß damit gerechnet werden, daß für den Strombezug außer einer Gebühr für die Kilowattstunde auch noch eine Leistungsgebühr verlangt wird, die zur Verzinsung und Abschreibung des Anlagekapitals genügt, das das E.W. Schließen für die Leistung von 10 000 Kilowatt festzulegen hat. Man wird hier mit einem Anlagekapital von rund 3 Mill. zu rechnen haben, so daß die finanziellen Verpflichtungen Breslaus bei diesem Weg für die Vertragsdauer einer Festlegung von 6 Mill. Mark entsprehen. Da, wenn dieser Vorschlag zur Verwirklichung kommt, mehr als das dreifache Kapital festgelegt werden muß, als beim Ausbau durch eine Rutschspeicheranlage, so ist sehr zu bezweifeln, ob die Vorteile eines Fernanschlusses diese enorme Belastung wirklich rechtfertigen.

Man könnte daran denken, daß der Strom vom E.W. Schließen zu einem Preis bezogen werden kann, der geringer ist, als die Brennstoffkosten, die bei der Selbstherzeugung in den eigenen Werken entstehen, wie es etwa der Fall wäre, wenn ein veraltetes Werk die Selbstherzeugung zu Gunsten des Strombezuges von einem großen modernen Kraftwerk aufgibt. Der Fall liegt aber in Breslau durchaus nicht vor. Im Gegenteil ist es möglich, die moderne Hochdruckanlage des Werkes am Scheidenweg und das hier zur Verfügung stehende Flußwasser die Stromherzeugung unter wesentlich günstigeren Bedingungen, als das im Werk Tschednig bei den dort vorhandenen Niederdruckstufen und der Rückfließanlage möglich ist. An einen Bezug von Grundlaststrom mit einer großen Benutzungsdauer ist also aus diesen Gründen garnicht zu denken. Es käme hier nur eine Lieferung von Spitzenstrom in Frage.

Es klingt nun sehr verlockend, daß bei Durchführung des Anschlusses an Tschednig die Möglichkeit bestehen soll, bei einer Störung der eigenen Stromversorgung praktisch den gleichen Strombedarf von Breslau bis zu einer Höhe von 30 000 Kilowatt von Tschednig zu beziehen. Es ist aber klar, daß das Werk Tschednig gar nicht in der Lage ist, der Stadt Breslau eine solche Leistung zur Verfügung zu stellen, wenn nicht dort weitere Maschinen-Einheiten installiert werden, für die dann naturgemäß Breslau wiederum die Abschreibung und Verzinsung durch eine weitere Leistungsgebühr aufzubringen hätte. Aber selbst wenn das Werk Tschednig in genügender Größe ausgebaut würde, so ist doch nicht daran zu denken, daß bei einem Versagen der eigenen Stromherzeugung die Leistung schlagartig von dem anderen Werk übernommen wird. Es besteht hier ein beträchtlicher Unterschied zwischen dem Eingreifen einer Rutschspeicheranlage in Störung

fälle und der Umschaltung auf ein fremdes Werk.

In einer ganzen Anzahl von Städten, die ihre Werke mit Rutschspeicheranlagen ausgerüstet haben, hat es sich gezeigt, daß diese Anlagen, wenn die für Rutschspeicherbetrieb eingerichtete Turbine leer mitläuft, in der Lage sind, bei Störungen im Kraftwerk den Betrieb des übrigen Kraftwerks ganz automatisch die Stromherzeugung zu übernehmen, so daß beim Abnehmer nach nicht einmal ein Zucken des Lichtes zu bemerken ist. Um eine annähernd gleichwertige Lösung zu schaffen, müßte sich das Werk Tschednig verpflichten, ebenfalls die Turbine von 10 000 Kilowatt für diesen Störfall dauernd leer mitlaufen zu lassen, oder aber die übrigen im Betrieb befindlichen Turbinen um so viel weniger zu belasten, daß bei dem Ausfall augenblicklich übernehmen können. Dabei ist noch die Frage, ob ohne einen Rutschspeicher die dort vorhandene Dampferzeugungsanlage für einen solchen Betrieb geeignet ist. Daß eine solche Reservehaltung im Werk Tschednig für 30 000 Kilowatt nicht geplant ist, liegt auf der Hand. Wenn das aber nicht der Fall ist, so kann man natürlich auch nicht im Falle einer Störung im Werk am Scheidenweg einfach durch Umlegen eines Schalters auf Strombezug von Tschednig übergehen. Vielmehr wird dann nach wie vor zunächst eine geraume Zeit verstreichen, in der Teile der Stadt im Dunkeln liegen, bis das Werk Tschednig in der Lage ist, die Stromherzeugung zu übernehmen, so daß die Umschaltung vorgenommen werden kann.

Es muß natürlich darauf hingewiesen werden, daß ein großer Teil von Unterbrechungen, die wir in der Stromversorgung Breslaus in der letzten Zeit gehabt haben, gar nicht auf Störungen im Werk am Scheidenweg zurückzuführen sind, sondern auf ein Versagen der zum Teil sehr veralteten Verteilungsanlage. Es wäre aber falsch, zu glauben, daß an diesen Verhältnissen durch den Strombezug von Tschednig etwas geändert wird. Hier kann nur eine gründliche Verbesserung der Stromverteilungsanlage selbst Abhilfe schaffen, für die auf jeden Fall, so oder so, ganz gleich, von wo der Strom kommt, bedeutende Geldsummen aufgebracht werden müssen.

Es ist demnach nicht einzusehen, inwiefern das Angebot des E.W. Schließen für die Stromversorgung von Breslau eine günstigere Lösung darstellen soll, als der Ausbau des eigenen Kraftwerks. In technischer Hinsicht würde zwar der Anschluß von Breslau an Tschednig für die Belastung von Tschednig sehr wünschenswert sein, da die Belastung der Stadt einen besonders guten Leistungsfaktor aufweist. Dieser Vorteil käme aber nur dem E.W. Schließen zugute, während für die Stadt Breslau bei der Durchführung des Anschlusses weder betriebstechnisch, noch wirtschaftlich ein Vorteil zu erkennen ist. Was zählt denn E.W. Schließen der Stadt Breslau für diesen Vorteil? R. S.

Ein „Büßbeforder“

Betrüger kommen immer wieder auf neue Einfälle, die es ihnen ermöglichen, ihren Opfern das Geld abzunehmen. Zurzeit hat sich ein etwa 30 bis 35 Jahre alter Betrüger die Freiburger Straße als Handwerkersgegend ausserloren. Dort befindet sich das polnische Konsulat und er fängt die polnischen Staatsangehörigen ab, die dort irgend etwas zu tun haben. Er blüht sich an, bei der Besorgung von irgend welchen Papieren und Ausweisen behilflich zu sein, veranlaßt die Leute, die über so viel Menschenfreundlichkeit und Hilfsbereitschaft ertraut sind, zum Besuch einer Gastwirtschaft. Hier gaunert er seinen Opfern die 20-Mark-Büßgebühren ab, aber nicht, um nun den Buß zu besorgen, sondern um mit dieser Beute zu verschwinden.

van Kempen-Buschshagen gewinnen das Gedächtnisrennen

Die letzte Nachmittags-Veranstaltung des Vereins... Die Sieger werden niedergeboren.

Der letzte Nachmittags-Veranstaltung des Vereins... Die Sieger werden niedergeboren.

Der Stand des Rennens nach dieser Wertung ist folgender:

van Kempen-Buschshagen	273 Punkte
Eine Runde zurück:	
Wynnenburg-Junge	270 Punkte
Zwei Runden zurück:	
Goebel-Rieger	229 Punkte
Drei Runden zurück:	
Faubet-Douet	161 Punkte
Vier Runden zurück:	
Breuh-Rieger	214 Punkte
Goossens-Deneef	169 Punkte
Charlier-Duray	185 Punkte

Die nächste volle Stunde ist eine Entkantung für das... Bis zum Anbruch der letzten Stunde sind sie das einzig lebende Element des Feldes.

1. Deneef, Wynnenburg, Breuh, Kroschel.
2. Charlier, Petri, Rieger, Goossens.
3. Deneef, Duray, Breuh, Wynnenburg.
4. Goossens, Rieger, Charlier, Petri.
5. Breuh, Rieger, van Kempen, Douet.
6. Petri, Goossens, Buschshagen, Rieger.
7. van Kempen, Breuh, Faubet, Deneef.
8. Wynnenburg, Rieger, Duray, Petri.
9. van Kempen, Breuh, Junge, Douet.
10. van Kempen, Faubet, Goebel, Kroschel.
11. Petri, Rieger, Deneef, Rieger.
12. Goossens, van Kempen, Junge, Breuh.
13. Kroschel, Faubet, Goebel, van Kempen.
14. van Kempen, Wynnenburg, Deneef, Rieger.
15. Goossens, Charlier, Junge, Buschshagen.
16. Petri, Deneef, Duray, van Kempen.
17. Goossens, Breuh, Charlier, Buschshagen.
18. Deneef, Petri, Duray, Rieger.
19. Goossens, Breuh, Kroschel, Buschshagen.
20. van Kempen, Goebel, Kroschel, Douet.
21. Rieger, Buschshagen, Kroschel, Goebel.
22. Rieger, Wynnenburg, Breuh, Petri.
23. van Kempen, Faubet, Charlier, Breuh.

Neue Funde aus Schlesiens vorgeschichtlicher Zeit

Im Verlaufe der letzten Monate wurden im Auftrage des... Bei der Sandentnahme zum Bau einer Scheune auf seinem Grundstück... Die Träger dieser Kultur gehörten vermutlich dem großen illyrischen Volksstamm an...

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Ostpreußen, St. Preußen

Partei-Schulungs-Kursus... Mitte Februar 1930 beginnt ein Schulungskursus mit dem Thema: „Alkoholismus, Geldismus, Volkswirtschaft, Sozialismus“.

Das Gesamtergebnis:

1. van Kempen-Buschshagen	318 Punkte
Eine Runde zurück:	
2. Wynnenburg-Junge	293 Punkte
Zwei Runden zurück:	
3. Goebel-Rieger	251 Punkte
4. Petri-Kroschel	162 Punkte
Drei Runden zurück:	
5. Faubet-Douet	165 Punkte
Vier Runden zurück:	
6. Breuh-Rieger	254 Punkte
7. Goossens-Deneef	213 Punkte
8. Charlier-Duray	159 Punkte

Zu dem Verlauf der letzten Stunde ist noch zu sagen, daß es nur eine Mannschaft gab, die ihr Bestes tat: die Franzosen Faubet-Douet.

Gewerkschaftshaus - Lichtspiele

Neue letzter Tag! 5 und 8 Uhr

Lockendes Gift

Ferner: Als dreijähriger durch Afrika

Uebliche niedrige Preise • Jugend verboten

Generalversammlung der Verkehrswacht

Die Verkehrswacht Schlesien hielt am 10. Februar im Hotel Vier Jahreszeiten ihre ordentliche 5. Hauptversammlung ab. Vertreten waren von 10 angehörigen Organisationen 14. Ausgeschieden im Geschäftsjahr sind zwei Organisationen.

Die deutsch-französische Gesellschaft

Die deutsch-französische Gesellschaft, deren Ziel ist, Deutsche und Franzosen aus allen Kreisen und Gebieten zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuführen... Die deutsch-französische Gesellschaft hat eine Mittelschule für Schülererziehung...

Sozialdemokratische Partei

Abteilung... Die Parteiführer... Die Parteiführer... Die Parteiführer...

Abteilung... Die Parteiführer... Die Parteiführer... Die Parteiführer...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Abteilung... Die Parteiführer... Die Parteiführer... Die Parteiführer...

Vereinskalender

Deutscher Metallarbeiter-Verband... Die Parteiführer... Die Parteiführer... Die Parteiführer...

Hallo, Achtung, der Kaspar ist da!

Der kleine Saal im Gewerkschaftshaus kann die Fülle seiner Besucher kaum fassen. Alle Stühle sind besetzt. Auf den Tischen, an den Wänden entlang sitzen dichtgedrängt die Kinder, die bei der Einladung des Arbeiter-Abstinenzler-Bundes und der Arbeiter-Kinderfreunde gefolgt sind.

Die Deutschen und Niederösterreichischen Kunstlaufmeisterschaften in Breslau

Nun werden doch noch die Deutschen und Niederösterreichischen Kunstlaufmeisterschaften auf dem Eise, die wegen des Tauwetters wiederholt verschoben werden mußten, in Breslau durchgeführt werden können.

Strassenumbenennung in Casowitz

Um Vermischungen gleichnamiger Strassen auszuschließen werden auf Vorschlag des Magistrats nachfolgende Strassen in Breslau-Casowitz wie folgt umbenannt: Die „Sachsenstraße“ die Hindenburgstraße in „Sachsenstraße“...

Wer ist ständig für unsere Zeitung...

Wahlen im Provinzialauschuss

In der gestrigen Sitzung des neuen Provinzialauschusses wurden die verschiedenen Wahlen zum Reichsrat, Bezirksauschüssen und dem Provinzialrat vorgenommen. Es wurden gewählt:

als Bevollmächtigter zum Reichsrat: Pfarrer Dr. W. Otte-Viegnitz (Str.), als Stellvertreter der Bevollmächtigter zum Reichsrat: der Schlichter für Schlesien, Genosse Philipp-Breslau;

in den Provinzialrat: Eugen Bandmann-Breslau (Soz.), v. Althofen-Kuhren (Dnat.), Dr. Jüttner-Breslau (Str.), Cohn-Görlich (Soz.), von Tschammer-Brunzelwaldau (Dnat.), Stellvertreter sind: Dr. Gastein-Breslau (Soz.), Charbonnier-Viegnitz (D. Vp.), Lichtenberg-Künsterberg (Str.), Dr. Kern-Hirschberg (Dnat.), Schoeller-Breslau (Dnat.);

in den Bezirksauschuss Breslau: v. Schilja (D. Vp.), Prapilla (Str.), Weig (Dnat.) und Genosse Kochler-Dittersbach;

in den Bezirksauschuss Liegnitz: v. Jordan-Schönan (Dnat.), König-Viegnitz (Str.), die Genossen Drieschner-Viegnitz und Elert-Sagan.

Sum Neueren entschlossen

überreicht die „Schlesische Zeitung“ in rüstiger Ausmachung eine Resolution Buzslauer Landwirte „aller Besitzgrößen“. Diese Resolution bezeichnet die Notlage der Landwirte im Buzslauer Kreise als besonders schlimm, behauptet, daß die runde Zahl von 70 Prozent aller Buzslauer Landwirte in ein bis zwei Monaten ihren Hof räumen müßten und verleiht ihren Notleidern mit der unumkehrlichen Androhung von Gewalttaten, wenn der Staat nicht eingreife. Es heißt da wörtlich:

Die Verzweiflung hierüber kann sich folgerichtig und unaussprechlich zu Taten auswachen, welche eine staatspolitische Gefahr bedeuten. Kommt es zu einem Zusammenbruch der gesamten Landwirtschaft in Schlesien, so hat dies eine Arbeitslosigkeit zur Folge, welche nicht mehr durch die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung wird gemildert werden können. Auch die Zahlung der Beamtengehälter wird in Frage gestellt. Handwerk, Gewerbe und die auf den Binnenmarkt angewiesene Industrie kommen zum Erliegen. Neue Anleihen jeder Art können diese Katastrophe nicht mehr aufhalten.

Wir wenden uns an alle Bewohner von Stadt und Land, an Landwirte, Städte, Landwirtschaftliche Vereinigungen, Kaufmannschaften, Innungen pp. mit der Bitte, unsere Forderungen zu unterstützen. Diese lauten: 1. Ausdehnung des Disputations auf die ganze Provinz Schlesien. 2. Maßnahmen zur Wiederherstellung der Stabilität der Landwirtschaft. 3. Umwandlung der kurzfristigen Schulden in langfristige Kredite zu verbilligten Zinsen. (Auf Kosten der übrigen Steuerzahler. Red.). 4. Sofortige Stundung und Entung sämtlicher Steuern, Laiten und Abgaben. 5. Der Polenvertrag und der Youngplan sind abzulehnen.

Wir Bauern haben unsere Pflicht gegen Volk und Staat erfüllt. Wir verlangen sofortige Hilfe, denn unsere Kraft und unsere Schuld sind zu Ende. Wir lehnen nach dieser Erklärung vor Gott und dem deutschen Volke jede Verantwortung für den weiteren Verlauf der Dinge ab. Dies ist unser letztes Wort in unserer Not!

Man kann nicht sagen, daß die Buzslauer Bauern an übertriebener Schüchternheit leiden, sie fordern als selbstverständlich die Selbstbehauptung der Allgemeinheit für einen bestimmten Berufsstand, obwohl man in eben diesen Kreisen die Solidarität der Gesellschaft für diejenigen, die keiner „Beitrag“ zuzuzahlen sind, für diejenigen, die von keiner landwirtschaftlichen, sondern von der „Substanz“ ihres eigenen ausgezeherten Körpers leben, zumeist empört abzulehnen und die Erwerbslosen moralisch für die Konstruktionsfehler des kapitalistischen Systems verantwortlich zu machen pflegt. Da die „Bauern“ von Buzslau in der richtigen Erkenntnis, daß falsche Bekcheidenheit vor Gott und dem deutschen Volke nicht zum Ziele führe, gehen sie aufs Ganze und machen die Abkehrung des Youngplans und der handelspolitischen Verständigung mit Polen zur Voraussetzung der landwirtschaftlichen Sanierung in und um Buzslau — wahrlich, höher geht die Demagogie kaum mehr.

Da „alle Besitzgrößen“ an dieser Entscheidung beteiligt sind, ist wohl auch die Frage am Platze, ob etwa die millionenschweren feudalen Herrscher des Ducistals, die Fürsten Solms, etwa auch zu diesen notleidenden „Bauern“ gehören?

Um die weltliche Schule

Der Sturm im Liegnitzer Stadtparlament

Zu stürmischen Szenen kam es am Donnerstagabend im Liegnitzer Stadtparlament, als über die Errichtung weltlicher Sammelklassen Beschluß gefaßt werden sollte. Als nach scharfen Angriffen gegen die „religionslose Schule“ Stadt. Böhm (Rechtsblock) diese Klassen als „Unglück für die Bevölkerung“ bezeichnete und den Eltern, die ihre Kinder in die weltliche Schule schicken, die Obhut für ihre Kinder entzogen wissen wollte, kam es zu tumultartigen Ausbrüchen und Zwischenrufen auf der Tribüne und stürmischen Protestrufen aus dem ganzen Haus. Der Stadtverordnetenvorsteher mußte dauernd die Klingel in Bewegung setzen und mit der Räumung der Tribüne drohen, ehe Ruhe eintrat. Nach erregter Debatte wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und des Ev. Volksdienstes, die das Erziehungsrecht der Eltern betonten, gegen die Stimmen der Rechten beschlossen, der Errichtung von weltlichen Sammelklassen grundsätzlich zuzustimmen und die hierdurch in Zukunft entstehenden Kosten zu übernehmen.

Zum 1. April 1930 werden zunächst fünf weltliche Sammelklassen im Gebäude der früheren Steinwegschule errichtet. Die erforderlichen Mittel von 2700 Mark wurden bewilligt. Die Schule soll später zu einem völligen Schulsystem ausgebaut werden.

Provinzialamtlicher Berichtstil

„Ihre kaiserliche Hoheit“ begrüßt

Vom Landesfürsorgeverband wird unter ziemlich einseitiger Mitwirkung rechtsstehender Wohlfahrtsorganisationen ein „Blatt „Schlesische Wohlfahrt“, herausgegeben, für das die Provinzialbeamten und volksparteiliche Provinziallandtagsabgeordnete Dr. Käte Winkelmann verantwortlich zeichnet. Anfragen und Manuskripte sind laut Impression an das Landeswohlfahrtsamt im Landeshaus zu senden. Es handelt sich als gewissfrei um eine offizielle, wenn nicht offizielle Publikation der Provinzialverwaltung. In belagtem Blatt finden wir nun einen Bericht über eine Arbeitstagung des Vaterländischen Frauenvereins vom 1. bis 3. März, der folgendermaßen beginnt:

Die Sitzung begann um 10 Uhr. Erschienen waren ungefähre 150 Vorstehende und Schriftführer der Kreisverbände und Zweigvereine oder deren Vertreter.

Nach einem Absentelieb, gelungen vom Schwesternchor des Augusta-Hospitals begrüßte Ihre Kaiserliche Hoheit die Frau Kronprinzessin die Erschienenen und leitete die Arbeitssitzung mit einer kurzen Ansprache ein.

Daß man im Landeshaus vorwiegend monarchistisch gekantet ist, erregt an sich keine Verwunderung. Aber es gibt schließlich doch Tatsachen der politischen Entwicklung, die auch Monarchisten zur Kenntnis genommen haben sollten, so zum Beispiel, daß Wilhelm Hohenzollern der Jüngere nicht mehr Kronprinz eines nicht mehr existierenden Kaiserreiches ist, seine Frau infolge dessen in einem amtlichen Rast einer mit der Republik immerhin in Zusammenhang stehenden Behörde nicht gut als „Ihre Kaiserliche Hoheit, die Frau Kronprinzessin“, betitelt werden kann.

Das Spiel mit der Waffe

Bei dem Gutsbesitzer Heering in Altreichenau, Kr. Bolkow, spielte der zwölfjährige zu Besuch auf dem Gut wohnende Walter Koesner und ein Kamerad mit einem Leßling. Bößlich löste sich ein Schuß und traf eine Schwester Koesners in den Kopf. Sie wurde durch die Kugel so schwer verletzt, daß sie sofort ins Freiburger Krankenhaus überführt werden mußte, wo sie hoffnungslos darniederliegt.

Schweidnitz. Teure Schmirererei. Die drei wegen Beludung öffentlicher und privater Gebäude mit roter Farbe festgenommenen Kommunisten wurden zu zwei Monaten bzw. je einem Monat Gefängnis verurteilt. — Ob man Nazis in gleichem Fall ebenso hoch bestrafen hätte?

Striegan. Der Raubüberfall auf den Kinobesitzer Wiltner führte bisher zu der Feststellung, daß die Banditen den Handtisch offenbar vorbereitet hatten. Man staubt auch bereits, den Tätern auf der Spur zu sein.

Beuthen. Die Stadtverordnetenversammlung nahm in ihrer letzten Sitzung die Wahl der unbesoldeten Stadträte vor. Die SPD. hatte mit dem Zentrum und mit den Demokraten eine gemeinsame Liste eingebracht, auf die 7 Mandate fielen. Für die Sozialdemokratische Partei ist der alte Stadtrat, Bezirkssekretär Trappe, wiedergewählt. Eine Komplikation entstand dadurch, daß ein gentümlicher Stadtverordneter den Vorschlag der Wirtschaftspartei unterzeichnete, nach Einreichung der Wahlvorschläge seine Unterzeichnung zurückzog, in einem zweiten Schreiben aber wieder die Zurückziehung widerrief. Weiter wurde die Umbildung des gesamten städtischen Grundbesitzes in eine Gesellschaft privaten Rechts, die neben der Verwaltung des Besitzes und der Wohnungen die Aufgabe hat, Anleihenmittel aufzunehmen und neue Wohnungen für die Stadt bzw. die Gesellschaft zu bauen, beschlossen.

Cieladz, Poln. Schlesien. Da werden Weiber zu Hyänen. Hier gerieten zwei Nachbarinnen in einen etwas heftigen Streit. Schließlich griff eine von ihnen, eine Frau Jantowka, zu einer Art und spaltete ihrer Widersacherin, einer Frau Karb, die Schädeldecke, so daß diese kurz darauf im Krankenhaus ihrer furchtbaren Verletzung erlag. Die Täterin wurde festgenommen.

Aus der Umgebung

Blutiger Gasthaustreik in Maltsch

Bei einem Tanzvergnügen in Maltsch kam der Sohn des Chauffeurs Meißner aus Thiemendorf mit einem gewissen Jüßel und dessen Freunden in Streit, der alsbald in eine wilde Schlägerei ausartete. Meißner brach plötzlich, von drei Messerschlägen getroffen, zusammen und erlag bald darauf im Krankenhaus seinen Verletzungen. Der Messerstecher Jüßel wurde verhaftet.

Was wird mit dem Brandstifter Kurnot?

Wie unseren Lesern erinnerlich ist, erregten verschiedene aufeinanderfolgende Brände in Weigwitz und Thauer im vergangenen Jahr lebhafteste Unruhe in diesen Orten, bis schließlich als mutmaßlicher Täter ein gewisser Kurnot festgenommen, bald darauf aber wieder freigelassen wurde, da man an seiner Zurechnungsfähigkeit zweifelte. Tatsächlich wurde das Ermittlungsverfahren auch aus § 51 eingestellt, obwohl nach Ansicht der Staatsanwaltschaft die Täterschaft des Kurnot ziemlich zweifellos feststeht.

Nun sollte der normale Menschenverstand annehmen, daß ein geisteschwacher und wie die Brandstiftungen zeigen, offensichtlich gemeingefährlicher Mensch entsprechend verwahrt wird. Dem ist aber beileibe nicht so. Seit der Haftentlassung ist Kurnot zwar auf Anordnung der Kreisverwaltung in die Einbaumstraße verbracht worden, soll aber jetzt wieder auf die Menschheit losgelassen werden, weil alle möglichen Behörden sich nicht über die Kostenaufbringung einigen können. Meist ist es ja leider so, daß Verurteilte erst nach Begehung gemeingefährlicher Taten in Irrenanstalten untergebracht werden. Hier aber liegen diese Taten schon vor und trotzdem scheint dem neuerdings modernen Sparprinzip zufolge Kurnot nicht weiter verwahrt zu werden — bis irgend ein Unglück geschehen ist.

Nachwehen zur Hugenbergplatte

Der Neumarkter Volksentscheidsanschlag braucht Geld

Verschiedene Einwohner im Kreise Neumarkt, von denen man offenbar annimmt, daß sie Hugenberganhänger sind, erhielten dieser Tage folgendes Rundschreiben:

Ausgang für den Volksentscheid im Kreise Neumarkt.

Neumarkt/Schl., den 7. 2. 1930.

An unsere Mitarbeiter!

Am 18. 12. 29 überlandte ich Ihnen einige Werbefarben für den Volksentscheid. Ich bin Sie, sich nicht nur selbst mit einer Spende zu beteiligen, sondern auch Bekannte, unter Verwendung der beigefügten Karten hierzu zu bitten, leider habe ich bis heute nichts von Ihnen gehört.

Da der Unterzeichnete persönlich für die Kosten des Volksentscheidens haftet und ein nicht unerheblicher Betrag noch zu zahlen ist, wird nochmals ganz ergebenst gebeten, sich mit einer Spende für den Kampffonds zum Volksentscheid zu beteiligen. Wollen Sie hierzu bitte, die 1. 3. beigefügte Zahlkarte verwenden, oder den Betrag auf mein Postkontokonto-Breslau 1946 überweisen, falls Sie nicht Gelegenheit haben sollten, jemanden nach der Geschäftsstelle Neumarkt, Hollandsstraße 14, zu entsenden. Im Voraus bestens dankend, verbleibe ich

mit deutschem Gruß

624: Ing. Erich Bomeyer.

Widmung Schulvorstandswahl. Vor einigen Tagen wurde in der hiesigen Gemeindevertretung die Neuwahl des Schulvorstandes vorgenommen. Die fünf Gemeindevorsteher von rechts hatten eine regelrechte Ueberrumpelung der übrigen vier Gemeindevorsteher geplant, was ihnen aber daneben glückte. Bei der Abstimmung eines Antrags der Rechten, daß man nunmehr drei Vertreter aus der Gemeinde in den Schulvorstand wählen solle, wurden von ihnen auch schon die Namen genannt, welche von ihrer Seite in Frage kommen sollten. Als Genosse Lischner u. a. auf das absehbare Verhalten des alten Schulvorstandes

bei der Ansetzung einer neuen Flagge in den Reichsorden Himmis, wurde dem Herrn Gemeindevorsteher wohl etwas unwohl. Er betonte, daß dieses nicht zu dem heutigen Tagesordnungspunkt gehöre. Mit der Frage, ob noch weitere Vorschläge gemacht würden, obwohl überhaupt noch gar nicht die Frage an die Gemeindevertretung gestellt war, Vorschläge für die in Frage kommenden Verlonen zu machen, ging der Herr Gemeindevorsteher ganz einfach zu der Wahl der von rechts vorgeschlagenen Kandidaten über. Enttäuscht über dieses Verhalten, legten die SPD-Vertreter sich zur Wehr, wozu man aber gar keine Notiz nahm. Die fünf Herren von rechts wählten ruhig weiter. Es blieb kein anderer Weg, als das Sitzungszimmer zu verlassen.

Marxwitz. Aus der Partei. Die Mitgliederversammlung am Sonntag, in der Genosse Franzel-Breslau über „Nationalsozialismus“ sprach, war von regem Interesse erfüllt. Bei der Besprechung von Gemeindeangelegenheiten löste die für ungültig erklärte Gemeindevorsteherwahl eine rege Debatte aus. Es wird den Genossen Gemeindevorsteher zur Pflicht gemacht, bei der kommenden Wahl am 19. d. M. die vielen Genossen wiederum in Vorschlag zu bringen. Unter Vorbehalt wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt, worauf der Vorsitzende die Versammlung gegen 6 1/2 Uhr schließen konnte.

Schmoll. Die freiwillige Feuerwehr hält am Sonnabend, dem 15. Februar bei Kabitz ihr 6. Stiftungsfest ab.

Kottwitz. Die annähernd 150 Erwerbslosen von Kottwitz müssen allwöchentlich bei schönem wie schlechtem Wetter nach Kattern laufen oder fahren, um hier die Unterstützung in Empfang zu nehmen. Abgesehen von den abgelaufenen Stiefeln, sollen die bei einem Arbeitslosen nicht unerheblich ins Gewicht fallen, wird hier auch die Gesundheit der Betroffenen recht erheblich geschädigt. Es handelt sich nicht nur um den 10 Kilometer langen Weg, sondern auch um das stundenlange Warten mit durchdringenden Kälten und anderen angenehmen Begleitumständen. Ein Antrag an das Arbeitsamt wurde abschlägig beschieden, weil angeblich kein Lokal in Kottwitz zu finden sei. Jetzt will man aber die Auszahlung in Kattern ins Gasthaus verlegen — das ist natürlich auch in Kottwitz möglich. Die Erwerbslosen erwarten billigerweise, daß etwas geschieht, um diese unhaltbaren Zustände zu beenden.

Reipe-Petersdorf. Zu dem Wohnungstermin mit Hindernissen, von dem wir berichteten, wird uns noch geschrieben: Der freundliche Herr Kalms, dem die Wohnungs-Kommission angeblich „die Höfen auszuweichen wollte“, äußerte bei dieser Gelegenheit auch, daß er sich „sein Eigentum nicht wegnehmen lasse“. Dabei steht die Wohnung tatsächlich das ganze Jahr leer, trotz der Möbel in einem Zimmer und dem Motorrad in dem anderen. Im dritten Zimmer schloß gar die Fenster, da man hier — Wäsche trocknet, während andere Mieter ihre Wäsche in Stuben, in denen acht Personen nächtigen, trocknen müssen. Wenn es der Landwirtschaft wirklich so schlecht ginge, wie man so oft erzählt, würden diese nichtbenutzten Räume wohl vermietet werden. In der Vorkriegszeit wurden hier alle Räume vermietet, um die Abgaben zu decken; heute dagegen sind fast zwanzig Wohnungen leer, obwohl viele Wohnungsuchende nicht untergebracht werden können — ein anekdotisches Bild von dem Widerstand der kapitalistischen Weltordnung.

Kettendorf. Die Arbeiter-Samariter-Kolonie „Kettendorf“ hält am Sonnabend, den 15. Februar, um 19 Uhr, in der Turnhalle ihre Mitgliederversammlung ab. Erscheinen aller Mitglieder ist Ehrenpflicht.

Für die Gesundheit



täglich
einen Teller „Vita-Frucht-Suppe“
Hunderttausende essen heute
Vita-Frucht-Suppe
(die Suppe mit den Vitaminen)

die infolge ihrer glücklichen Zusammenstellung alle Bestandteile enthält, die für den Aufbau des Körpers und für die Erhaltung der Gesundheit so notwendig sind.

Der wundervolle aromatische Geschmack, die ausgezeichnete Bekömmlichkeit und die angenehm sättigende Wirkung tragen dazu bei, daß Vita-Frucht-Suppe — im Winter warm, im Sommer kalt gegessen — allseitig so warm empfohlen wird.

So urteilen Hausfrauen:

... Wir möchten sie heute nicht mehr missen. Für mich als Hausfrau kommen noch die schnelle, kinderleichte Zubereitung und ihre Ausgiebigkeit hinzu, die mir die „Vita-Frucht-Suppe“ zu einem prächtigen Helfer in der Küche macht. Mein Mann, der wegen seines Leidens sehr vorachting in der Diät sein muß, ist von der Suppe begeistert. Frau Cl. T. in W.

... Ich bin schon beim 3. Dtz. Vita-Frucht-Suppe. Etwas Besseres habe ich seit langen Jahren nicht gegessen. Frau H. S. in Berlin.

... Vita-Frucht-Suppe ist im Geschmack vorzüglich. Meine Tochter ist kein Suppen-Freund, aber Vita-Frucht-Suppe kann sie nie genug bekommen. Frau E. P. in Charlottenburg.

Diese und zahlreiche weitere Anerkennungen liegen im Original zur Einsicht aus.

Wer Vita-Frucht-Suppe isst, fühlt sich bald viel frischer, lebenslustiger und arbeitstüchtiger. Besonders für Kinder und Personen mit sitzender Lebensweise, die an Stuhlverstopfung leiden, ist der Genuß eines Tellers Vita-Frucht-Suppe ein Labsal. Man merkt es sofort am Allgemeinbefinden.

1 Packung mit

50 Gramm Inhalt ergibt 2 Teller Suppe u. kostet RM. —25
250 Gramm Inhalt ergibt 10 Teller Suppe u. kostet RM. 1.10
500 Gramm Inhalt ergibt 20 Teller Suppe u. kostet RM. 2.—

Die Suppe ist in 5 Minuten genußfertig!

Vita-Frucht-Suppe ist in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Vita-Frucht-Gesellschaft m. b. H., Berlin S W 29

Generaldirektor und Großlager:

Firma Drung Goldbach, Breslau 2, Tauenzienstr. 53
Fernruf: Sammelnummer 572 54.

Der Riesenbrand bei Moreni

Die Lösung der Sonde 160 verunglückt

Die Lösung der seit einem Jahr ununterbrochen brennenden Petroleumsonde Nr. 160 bei Moreni im Herzen des rumänischen Petroleumzentrums ist abermals mißlungen; der Rettungsapparat zerschmolz. Schon seit Monaten wurden internationale Ausschreibungen mit der Zusage hoher Prämien bei Lösung der Sonde veröffentlicht, und an Ort und Stelle gaben sich Petroleumfachleute aller Länder ein Stelldichein, um zu beraten, wie man dem Feuer die Luft abgraben könne. Monatelang wurde Tag und Nacht gearbeitet, um dieses oder jenes System auszuprobieren — alles war vergeblich.

Der letzte, vor wenigen Tagen mißlungene Versuch entsammt der Idee eines amerikanischen Fachmannes, der für sie im Falle der Lösung mehrere Millionen Lei ausgezahlt bekommen hätte. Der Plan dieses Technikers war nun, einen riesigen, mit bedeutenden Kosten aus bestem Stahl hergestellten Helm in Glockenform unterirdisch über den Sondennmund zu kippen, und so das Feuer zu ersticken. Sehr gelegen kam die Mitte Januar festzustellende Tatsache, daß der Atmosphärendruck der brennenden Sonde sich von 200 Atmosphären plötzlich auf 24 Atmosphären senkte. Trotzdem verbrennen auch jetzt noch täglich schätzungsweise drei bis fünf Millionen Kubikmeter Gas. Diese geradezu phantastisch anmutende Menge kann nur damit erklärt werden, daß die Gase von einer Tiefe von 1600 Metern dem Erdboden entströmen.

Am 1. Februar hatten die Tunnelbauer den Sondernengang erreicht, ohne natürlich sofort den Durchbruch vorzunehmen; es wurde vielmehr die Heilmkammer dicht an den Sonderneneingang platziert, während gleichzeitig zur Vermeidung des Durchsickerns von Gasen am Lösungstage die Wände mit Eisenbeton gefestigt wurden. Die Löschkammer, die einen Inhalt von vier Kubikmetern besaß, wurde herangebracht und sogar eine Probebelüftung durchgeführt, die gelang. Man rechnete mit Sicherheit auf einen

vollen Erfolg der Löschkaktion, da das gleiche System bei Sondernbränden bereits in Polen mit Erfolg angewandt wurde.

Die eigentliche Lösung war für den 5. Februar, 12 Uhr nachts angelegt, da erfahrungsgemäß um diese Stunde der atmosphärische Sondernndruck täglich für die Dauer von zwei Stunden nachläßt. Das riesige Gestell eines Dreifuß-Kranes wurde um die Sonde placiert und vermittels von Flaschenzügen wurde die Heilmkammer aufwärts gezogen, um dann über das Brandloch geschwenkt und herabgestürzt zu werden. Scheinbar durch fehlerhaftes Material veranlaßt, riß jedoch plötzlich eine Kette, die beiden restlichen Haltketten gaben ebenfalls nach, die Kammer fiel in die Flamme und im Handumdrehen hatten die ganz bedeutenden Temperaturen die Kammer geschmolzen, ohne den geringsten Rest zurückzulassen. Der Versuch war mißlungen. Die Aussichten des Erfolgens des Feuers werden jetzt von allen Sachverständigen als sehr gering bezeichnet, und die Brandsonde wird neuerlich unter Anrichtung von Millionen Schäden noch eine Reihe von Monaten fortbrennen.

Mit dem mißlungenen Löscherfolg mußte festgestellt werden, daß sich der Atmosphärendruck neuerlich auf 80 Atmosphären steigerte. An Eruptionsmasse bringt die Sonde Nr. 160 somit täglich eine bis eineinhalb Millionen und auch sogar zwei Millionen Kubikmeter herauf. Bei den ausströmenden Gasen handelt es sich um Erdgas von 40 Gramm Kubikmeter Schwere und von 80 bis 100 Gramm Kubikmeter Dichte. Wie sehr die Erdkrume bereits von dem anhaltenden Feuer durchglüht ist, beweist die Tatsache, daß im Umkreis von 200 Metern um die Brandsonde anhaltende Infiltrationen auftreten, wodurch die Nachbarsonden in große Gefahr geraten. Im Bukarester Industrieministerium wird demnächst eine Sachverständigenkonferenz zusammentreten, um nochmals die letzten Möglichkeiten einer Lösung der Sonde 160 zu erörtern.

Sturm im Ägäischen Meer

Im Ägäischen Meer herrscht seit Tagen ein fürchterliches Unwetter, das sich am Mittwoch zu einem schweren Orkan steigerte. Die Stürme waren so stark, daß die Wassermassen haushohe Wellen peitschten.

Von den aus den griechischen Häfen in den letzten Tagen ausgelassenen Schiffen ist allein das Schicksal von zehn Dampfern bisher noch unbekannt. Drei große Dampfer, die aus dem Piräus mit dem Ziel nach Neapeln bezw. Konstantinopel ausliefen, kehrten nach drei Stunden zurück, da es ihnen unmöglich war, sich gegen den Orkan durchzusetzen.

Der türkische Dampfer „Bazet“ ist in der Nähe der Insel Mytilene mit Mann und Maus untergegangen. Der griechische Dampfer „Agios Nikolaos“ ist von einem manövrierunfähigen amerikanischen Petroleumdampfer in zwei Teile zerschnitten worden. Zahlreiche andere griechische Schiffe sind überfällig.

Die Bombe im britischen Museum

— Loket bloß 400 Mark

Der 21jährige Rechtsanwaltsgehilfe Frank Biggs, der am 1. Februar im indischen Saal des Britischen Museums eine Bombe niedergelegt hatte, wurde zu einer Geldstrafe von 20 Pfund Sterling (etwa 400 Mark) oder zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Schnee in Südfrankreich

Nach einer langen Regenperiode scheint es jetzt in Südfrankreich unentwegt. Starke Stürme trieben seit unzähligen Tagen Telegraphenmasten wie Streichhölzer. Die meisten Eisenbahnzüge haben Verspätung. Die Bergtäler werden von fürchterlichen Gewittern heimgesucht. Der Thermometer fiel stellenweise auf 20 Grad unter Null.

Der Zuider-See wird trockengelegt

Am Montag wurde der erste Abschnitt der grandiosen Trockenlegungsarbeit der Zuidersee bei Amsterdam, einer mit dem Meer ähnlich wie die Haffs in Verbindung stehenden großen Wasserfläche, abgeschlossen. Durch diese Trockenlegung werden dem nassen Element etwa 20 000 Hektar Boden für landwirtschaftliche Zwecke abgerungen.

Explosionsunglück in Brooklyn

60 Schulkinder und 2 Neger verletzt

In dem New Yorker Stadtteil Brooklyn wurde ein einstöckiges Bausteinengebäude durch eine Explosion zerstört. Die Gewalt der Explosion war so groß, daß auch die Fenster Scheiben einer gegenüberliegenden Volkshule zertrümmert und durch die herumfliegenden Glassplitter etwa 60 Schulkinder verletzt worden.

In der Schule befanden sich zur kritischen Zeit etwa 2000 Kinder. Bei der Rettung der Kinder spielten sich aufregende Szenen ab. Die weithin hörbare Explosion hatte Anlaß zu dem Gerücht gegeben, daß in der Schule selbst eine Bombe explodiert sei, was zur Folge hatte, daß etwa 5000 Eltern nach der Schule eilten. Einige aufgeregte Mütter durchdrangen die Absperrungskette der Polizei und liefen, nach ihren Kindern rufend, in das Schulgebäude hinein, obgleich bereits alle Kinder auf die Straße geleitet worden waren. Zwei Kinder sind lebensgefährlich verletzt. Durch die Explosion wurden auf einer Seite des Schulgebäudes sämtliche Scheiben zertrümmert und das Holzwerk aus den Fenstern herausgerissen.

Die Explosion zerstörte auch ein angrenzendes einstöckiges Wohnhaus. Aus den Trümmern dieses Hauses wurden zwei schwerverletzte Neger geborgen. Die Polizei führt die Explosion, durch die auch die elektrischen Leitungen in der Nachbarschaft beschädigt wurden, auf eine Entzündung von Gas zurück, das sich im Erdgeschloß des unbewohnten Gebäudes angesammelt habe. Sie hat in den Trümmern einen Ventilatorapparat, sowie einen schadhafte Gummischlauch, der diesen Apparat mit der Gasleitung verband, gefunden. Die beiden verletzten Neger wurden als angebliche Besitzer des Apparates zur heimlichen Alkoholherzeugung verhaftet.

Fliege „trudelsicher“!

Aus Berlin wird gemeldet: Die Focke-Wulf-Flugzeugbau-W.G. führte am Montag nachmittag auf dem Gelände des Flughafen Berlin-Tempelhof ein „trudelsicheres“ Flugzeug vor. Ein großer Teil der Flugzeugkatastrophen ist darauf zurückzuführen, daß die Flugzeuge in eine zu steile Lage gebracht, plötzlich nach links oder rechts abdrubeln und in schneller Drehung mit dem Kopf steil nach unten abstürzen. Man hat nun seit Jahren Versuche unternommen, die Flugzeuge so zu bauen, daß sie trudelsicher sind. Die Focke-Wulf-Werke haben ihre Flügelkonstruktionen geändert und durch Flügelvorsprünge bewiesen, daß ihre Maschinen selbst aus den steilsten Lagen immer wieder abgefangen werden und der Hand des Piloten unbedingt gehorchen.

Der Kunstflieger v. Köppen führte mit der „Wöwe“ die höchsten Steuerbewegungen vor, immer wieder lag das Flugzeug nach kurzen Schwankungen ruhig und sicher in der Luft. Die Fluglehrer bestätigten, daß das Flugzeug eine besondere Querstabilität besitzt, die gegen das Trudeln sichert.

Die Damen sind für alle Schüler bestimmt

Tanzlokal eines hannoverschen Gymnasiums

Das humanistischste Gymnasium einer hannoverschen Stadt hat Richtlinien für den Tanz der Schüler ausgegeben.

Zunächst werden die Tanzdamen vom Rektor ausgewählt und eingeladen. Die Damen sind für alle Schüler bestimmt, keiner hat eine spezielle. Engere Beziehungen und Anfreudungen zu einer bestimmten Dame haben zu unterbleiben. Insbesondere wird angeordnet: 1. Jeder tanzt abwechselnd mit allen Teilnehmerinnen; 2. es ist verboten, eine bestimmte Dame abzuholen oder nach Hause zu begleiten; die Damen gehen in Begleitung ihrer Mütter oder deren Beauftragten. Gruppenweises Heimgehen ist in Begleitung von Müttern erlaubt; 3. eine Dame, mit der man nicht verwandt ist, darf nicht gebürt werden; 4. es ist verboten, sich mit einer Dame „zusammenzubestellen“.

5. Wäre es wünschenswert, daß der Rektor, der alles dies befohlen hat, 85 Jahre-jünger wäre, als er zu sein scheint und

nach einmal als Schüler seine eigene Anstalt besuchte, um den besten Sprachstil ebenso gut beherrschen zu lernen, wie er den banzischen Sittenkodex meistert.

Motorradfahrer

Auf der Chaussee im Tynatal stieß ein Motorrad aus Stolberg mit einem Lastwagen der Schmerpattstraße zusammen. Bei dem Zusammenstoß wurde der Führer des Motorrades, der Reisende Kuster, und sein Sozus, der Angefallte Hempel, beide aus Stolberg, so schwer verletzt, daß beide im Krankenhaus ihren Verletzungen erlagen.

Mund um Kulmbach

Eine Mitteilung der Staatsanwaltschaft, dessen Inhalt bestätigt, daß das Geständnis Schubert's und Popp's sich als unrichtig erwies und daß sich der Widerruf des Geständnisses als glaubwürdig herausgestellt hat. Die amtlichen Erhebungen über die Gasexplosion sind noch nicht abgeschlossen. Weiter ist ein Gutachten des Sachverständigen über die Obduktion der Leiche der ermordeten Frau Meuhörffer bekannt geworden. In diesem Gutachten wird festgestellt, daß der Tod durch Erhängen eingetreten sei und die Fesseln erst nachträglich an der Leiche angebracht worden seien. Diesem Gutachten steht jedoch ein früheres Gutachten eines anderen Mediziners entgegen, nach dem der Tod durch Lungenödem eingetreten sein soll.

Der Mörder von Bischofswerda gefaßt

Der 25jährige Arbeiter Heinrich, der am 8. Januar in einem Walde bei Bischofswerda (Sachsen) mit seiner Geliebten seine Frau ermordete und die Leiche dann aufhängte, konnte mit seiner Freundin jetzt in seinem Heimatsort verhaftet werden. Die Mordtat wurde erst vor wenigen Tagen aufgedeckt, nachdem Heinrich mit seiner Geliebten seinen bisherigen Wohnsitz Bischofswerda gewechselt hat. Heinrich und seine Geliebte sind gefaßt.

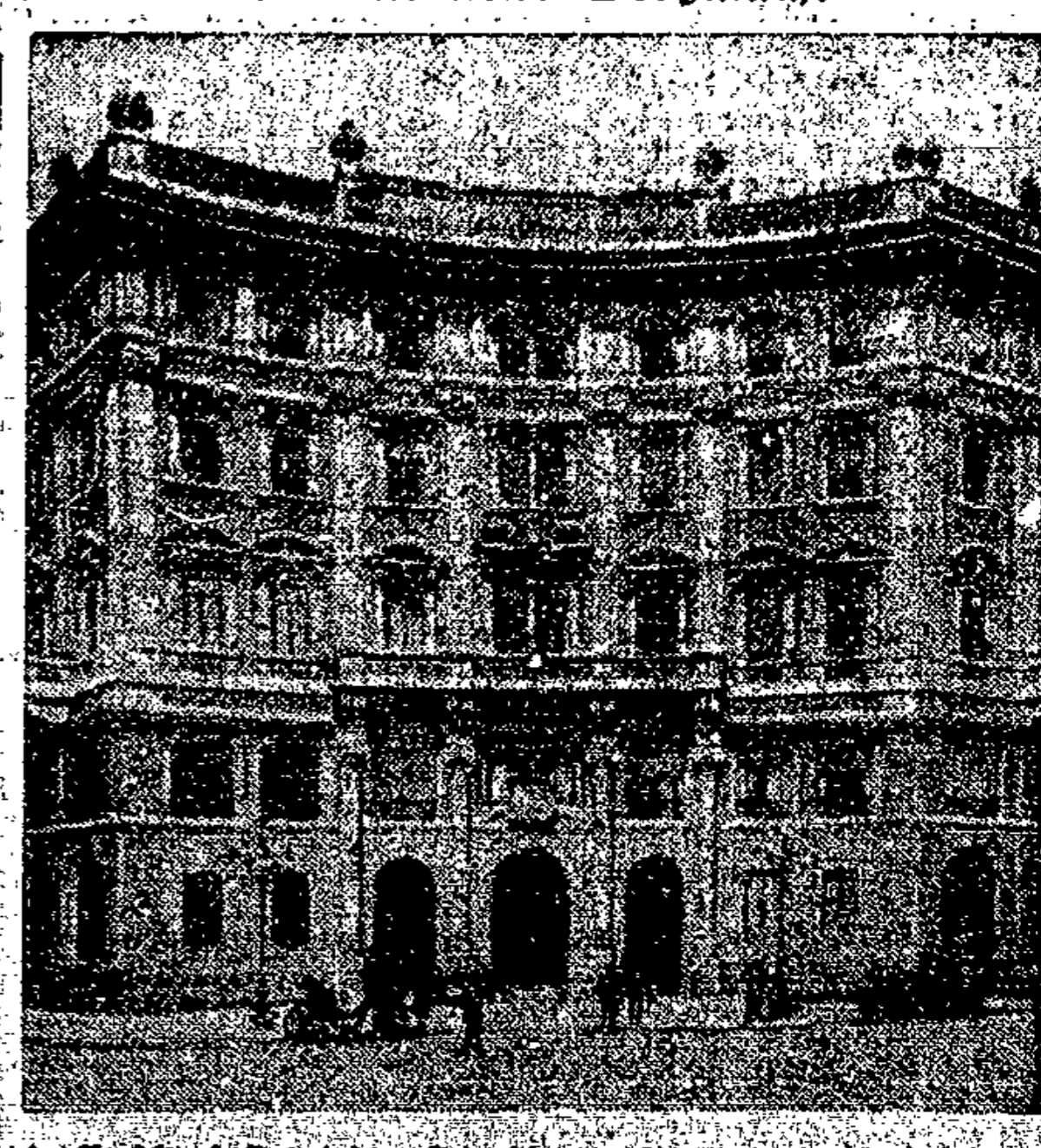
Der Brand der „München“



Die Ursache ist noch immer nicht geklärt. Der vorläufige Bericht des die Untersuchung führenden Branddirektors an den hiesigen Kommissar hält daran fest, daß der Brand auf Selbstentzündung beruht. Die Ursache ist noch immer nicht geklärt. Der vorläufige Bericht des die Untersuchung führenden Branddirektors an den hiesigen Kommissar hält daran fest, daß der Brand auf Selbstentzündung beruht.

entzündung zurückzuführen ist, die im Laderaum entstanden sei. Demgegenüber weisen die Zeitungen darauf hin, daß gerade dieser Laderaum zur Entnahme der Postkiste geöffnet wurde. Die Ursache ist noch immer nicht geklärt. Der vorläufige Bericht des die Untersuchung führenden Branddirektors an den hiesigen Kommissar hält daran fest, daß der Brand auf Selbstentzündung beruht.

Italiens neue Großmacht



die Großbank Credito Italiano in Mailand, die sich mit der Banca Nazionale del Lavoro zusammengeschlossen hat und nach dieser Fusion über ein Gesamtkapital von 11 Milliarden Lire (einschließlich der Tochtergesellschaften) verfügen wird. Im Bild das Gebäude der Credito Italiano in Mailand.

Schafft eine Reichsverkehrsordnung

Vorschläge des Gesamtverbandes

Der Vorstand des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Verkehrs- und Warenverkehrs hat sich dieser Tage in Berlin auf einer Konferenz sachverständiger Vertreter der Straßenbahnen, Kraftfahrer und Transportarbeiter eingehend mit den immer mehr in den Vordergrund tretenden Problemen der Ordnung und Sicherheit des Straßenverkehrs beschäftigt. Dabei wurde namentlich die Frage des Vorfahrtsrechts der Straßenbahnen einer gründlichen Erörterung unterzogen.

Die Aussprache hatte folgendes Ergebnis: An der Forderung auf Schaffung einer einheitlichen Reichsverkehrsordnung soll unbedingt festgehalten werden. Bis zur Durchführung der auch vom Deutschen Reichstage in seiner Sitzung vom 17. Dezember 1925 geforderten Einheitlichmachung der den gesamten Straßenverkehr regelnden Bestimmungen ist die Neuregelung des Straßenverkehrs in allen Ländern nach dem vom Reichsverkehrsministerium aufgestellten einheitlichen Muster vorzunehmen. Die einzelnen ortspolitischen Bestimmungen sind entsprechend zu ändern. Ein unbedingtes Vorfahrtsrecht für ein bestimmtes Verkehrsmittel ist im Hinblick auf die Entwicklung des modernen Straßenverkehrs nicht vertretbar. Von der Wiedereinführung des früheren unbedingten Vorfahrtsrechts der Straßenbahnen ist deshalb abzusehen. Da die Straßenbahnen jedoch als Massenbeförderungsmittel immerhin besondere Berücksichtigung verdienen, hält die Konferenz die im Erlaß des Preussischen Ministers des Innern und des Ministers für Handel und Gewerbe vom 27. 7. 28 zum § 13 Abs. 2 des „Musters der Straßenverkehrsordnung“ des Reichsverkehrsministeriums in Vorschlag gebrachte Bestimmung für den Straßenverkehr für unbedingt erforderlich. Diese Bestimmung lautet: Welche Wege als Hauptverkehrswege anzusehen sind, bestimmt sich nach den Verkehrsverhältnissen. In allen Fällen sind Hauptverkehrswege im Sinne dieser Vorschrift die als solche gekennzeichneten Verkehrsstraßen erster Ordnung sowie sämtliche Straßen, in denen Schienenwege für Straßenbahnen verlegt sind.

Für die Fahrtrichtung des Fernverkehrs der Straßenbahnen empfiehlt die Konferenz den Erlaß der genannten Ministerien vom 28. Mai 1928, der folgenden lautet: „Für Straßenbahnen, die auf einem besonderen, nicht zur Straße gehörigen, von ihr räumlich getrennten, ausschließlich dem Bahnbetriebe dienenden Bahnkörper verlaufen, gelten nachstehende Bestimmungen: Sobald sich ein Zug nähert, müssen die Bahn kreuzende Fahrzeuge, Reiter, Fußgänger, Treiber von Vieh oder Bestien in angemessener Entfernung von der Bahn, wenn Warnungssignale oder Warnzeichen vorhanden sind, an diesen halten oder die Bahn schnell räumen.“

Zur weiteren Sicherung des Straßenverkehrs verlangt die Konferenz eine Abänderung der Bau- und Betriebsvorschriften für die Straßenbahnen in der Form, daß die Triebwagen der Straßenbahnen mit optischen oder mechanischen Fahrtrichtungsanzeigern ausgestattet werden, damit die Aenderung der Fahrtrichtung den übrigen Wegbenutzern erkennbar gemacht werden kann. Schließlich wird noch die baldmöglichste Einführung einer Reichsunfallstatistik des Straßenverkehrs als dringend erforderlich bezeichnet. Diese Statistik soll neben den Ursachen der Verkehrsunfälle im besonderen auch die von den Fahrzeuglenkern vor dem eingetretenen Unfall geleistete Arbeitszeit feststellen.

Die Konferenz beauftragte den Vorstand des Gesamtverbandes, die Durchführung der vorstehenden Forderungen in die Wege zu leiten.

Schleim und Senf

Kommunistische Spitzelaktion

Seit einiger Zeit bemüht sich die kommunistische Partei, bei den Landarbeitern Anschluss zu finden. Ihre dabei angewandten Agitationsmethoden sind von einer nicht mehr zu überbietenden Schamlosigkeit. Alle bisherigen Reklame auf diesem Gebiet werden von ihr selbst in den Schatten gestellt. Ihre Hege beschäftigt sich fast einzig und allein mit dem Deutschen Landarbeiterverband. Sie hat hier so viel zu tun, daß ihr für die Bekämpfung der hauptsächlichsten landlichen Arbeitsverhältnisse gar keine Zeit mehr übrig bleibt. Den Landarbeitern die freien Gewerkschaften zu verzeihen — das allein ist ein Ziel, für das man sich in der KPD begeistert kann. Um dieses schönen Zieles willen läßt man keine Anstrengung. Man läßt förmliche Hintertreppentrampole schreiben und verarbeitet sie zu Agitationsmaterial gegen den Deutschen Landarbeiterverband. Die Schund- und Schmutzliteratur kommunistischer Agitation unter den Landarbeitern hat in einer zurzeit vorbereiteten Broschüre, die die KPD unter dem Titel „Einer für alle und alle für einen“ herausgebracht hat, eine Spitzelaktion politischer Vergiftung aufzuweisen. Das Maßwerk fröhlich förmlich von Gemeinheiten gegen den Deutschen Landarbeiterverband.

Das Kernstück der Broschüre besteht in einer Unterhaltung zwischen einem Gutsherrn und einem Angehörigen des Deutschen Landarbeiterverbandes. Der Mann des Landarbeiterverbandes trägt den Namen Senf, der Herr den nicht weniger schönen Namen Schleim. Die Unterhaltung dreht sich um Lohnunterschiede und spielt sich nach der Phantasie des kommunistischen Schmierfinkens folgendermaßen ab:

„Guten Tag, Herr Baron.“ „Tag, meine Herren.“ „Mein Name ist Schleim, Kreisleiter vom örtlichen Zentralverband, und hier der Herr ist der Herr Senf, Kreisleiter vom Deutschen Landarbeiterverband.“ „Ah, wollen Sie doch bitte Platz nehmen und wenn ich bitten darf —?“ „Der Baron reichste die Röhre mit Zigarren und beide langten zu. „Sie müssen schon entschuldigen, Herr Baron,“ fing Senf an zu reden, „wir waren selbst überreicht, daß unsere Leute, die doch sonst so friedlich sind, mit derartigen Forderungen an Sie herantreten.“ „Ja, es verhält sich gegen unsere Sittensregeln des Christentums und gegen die Statuten des Zentralverbandes“, fiel ihm Schleim ins Wort, „daß die Leute solche Forderungen stellen.“ „Es dürfte ja Herr Senf bekannt sein, meinte Senf, „daß wir als Sozialdemokraten alles daran setzen, um den Wirtschaftskrieg zu erhalten. Unsere ganze Politik in den Gewerkschaften, den Parlamenten und auch in den höheren Regierungskreisen ist ja auf die Erreichung der Wirtschaftsdemokratie eingestellt und ich brauche Ihnen nicht besonders, Herr Baron, auseinanderzusetzen, was wir dabei wohl vorhaben zu verfechten haben. Und deshalb auf Grund unserer Verbandstatuten brauchen Sie nachher zu sein.“

Der Baron nahm die Kognakflasche aus dem Schranke und schenkte ein. „Zur Stärkung.“ „Stärkung? Ich bin ja schon ein wenig erkrankt,“ fuhr er fort. „Es liegt mir fern, es jetzt zu einem Konflikt kommen zu lassen, zumal ich eine längere Reise vor habe und diese Angelegenheit bis dahin aus der Welt schaffen möchte. Ich will den Streit noch einen Monat liegen.“ „Ja, einen ähnlichen Vorschlag hätte ich auch gemacht“, meinte Senf, „und zwar so: Mit jeder Zigarre, die Sie mir geben, Sie sollen eine Gegenüberzahlung von 2 Pfennig Lohnzug, denn das ist die Leute also einen

2 Pfennig mehr. Im ganzen gesehen, würde das aber für die Leute einen Erfolg von 7 Pfennig bedeuten. Ich glaube, daß ich das vor meinem Verbandsvorstand verantworten kann und bin überzeugt, daß auch Herr Schleim mit diesem meinen Vorschlag sich einverstanden erklären wird.“ Zustimmung nicht Schleim und schloß mit dem achten Glas Kognak seine Bemerkung hinunter. „Also abgemacht“, meinte der Baron, „und eines sage ich Ihnen, meine Herren Verbandsvertreter, sehen Sie alles durch, tun Sie Ihr Möglichstes, damit ich wenigstens die Ernte erst untergebracht habe. Ich werde mich Ihnen gegenüber natürlich auch dankbar erweisen. Sie verstehen doch —?“ „Senf blies eine dicke Rauchwolke aus der herrlich duftenden Havana in die Luft, und ein zufriedenes Lächeln überzog sein Gesicht. „So, also kann ich mich auf Sie verlassen, meine Herren?“ „Über ganz bestimmt, Herr Baron.“ Und beide Kreisleiter verabschiedeten sich.

Der Deutsche Landarbeiterverband steht zu hoch, als daß ihn diese Gemeinheiten treffen könnten. Sie müssen jedoch als Dokument der Verwilderung der politischen Sitten registriert werden. Man ist bei der KPD bereits an Alltagsdummheit gewöhnt. Allein sie ist, wie die schmutzige Agitation ihrer Leute unter den Landarbeitern zeigt, anscheinend in der Erfindung immer neuer Gemeinheiten und Lumpereien von unübertrefflicher Meisterschaft. „Der Schrecklichste der

Das Brotgesetz

Standardbrot - Verkauf nach dem Gewicht

Das Reichsernährungsministerium hat jetzt dem Reichswirtschaftsrat den Entwurf eines Brotgesetzes vorgelegt. Der Reichsernährungsminister selbst nimmt an, daß man mit Hilfe dieses Gesetzes 500 000 Tonnen Roggen dem menschlichen Verbrauch mehr zuführen kann und daß dementsprechend die Einfuhr von Weizen um rund 120 Millionen Mark pro Jahr verringert wird.

Bis jetzt können die Bäcker Brot ohne besondere Bezeichnung in den Verkehr bringen. Diese Freiheit hat zur Folge, daß das unter der Bezeichnung Roggenbrot in den Handel gebrachte Graubrot zum großen Teile aus minderwertigen Weizen hintermehl besteht. Dadurch wird die Qualität des Brotes in keiner Weise verbessert, was ohne Zweifel zur Verringerung des Roggenbrotkonsums beigetragen hat. Man nimmt an, daß 25 Prozent der für unser Graubrot verwandten Mehle Weizenhintermehle sind.

Das Gesetz bestimmt nun, daß in Zukunft unter der Bezeichnung Roggenbrot nur Brot mit mindestens 95 Prozent Roggenmehl hergestellt werden darf. Andererseits soll das Weizenbrot mindestens 95 Prozent Weizenmehl enthalten. Brot, das diesen Anforderungen nicht entspricht, das heißt, das einen höheren Anteil von Roggen- oder Weizenmehl enthält, darf nur als Mischbrot verkauft werden. Ist mehr Roggenmehl verwendet, so ist das Brot als Roggenmischbrot zu bezeichnen; ist mehr Weizenmehl benutzt worden, dann hat das Brot den Namen Weizenmischbrot zu führen. Das in den Verkehr gebrachte Brot muß — die Landesbehörden werden im einzelnen darüber Ausführungsbestimmungen geben — für den Käufer als besonderes Standard- und Qualitätsbrot gekennzeichnet werden. Diese Bestimmung fällt für Gebäck bis zum Gewicht von 250 Gramm weg, da die Durchführung des Kennzeichnungswanges hier auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen würde.

Weiter muß das Gesetz eine vernünftige Preisbildung ermöglichen, und zwar in der Art, daß der Konsum eine wirksame Kontrolle über die Bewegung des Brotpreises erhält. Gegenwärtig liegt in den meisten Bezirken Deutschlands der Brotpreis fest. Die Preisveränderungen und Preisvermehrungen treten also nicht im Brotpreis in Erscheinung, sondern in einem höheren bzw. niedrigeren Gewicht. Dem Konsumenten ist es aber nicht möglich, ständig das Gewicht des Brotes nachzuprüfen. Er kann, wenn er den Brotpreis bezahlt, nicht wissen, ob das Brot 100 Gramm leichter oder schwerer ist. Damit fehlt jede Kontrolle über die Preisbildung und es hat sich gezeigt, daß die Bäcker aus dieser Unordnung Kapital zu schlagen verstehen und ständig bestrebt sind, die Spanne zwischen Mehlpreis und Brotpreis zu erweitern. Auch wird — das haben ja die letzten Monate bewiesen — der Brotpreis gleichgehalten, selbst wenn die Mehlpreise sinken. Das Gesetz bestimmt nun, daß Roggenbrot und Mischbrot nur im Gewicht von 1 Pfund, 2 Pfund und einem Kilogramm verkauft werden dürfen. Für Weizenbrot ist merkwürdigerweise diese Bestimmung nicht vorgesehen.

Deutsch-österreichischer Sozialversicherungsvertrag

Zwischen dem Deutschen Reich und Österreich soll ein Sozialversicherungsvertrag abgeschlossen werden. Die zu diesem Zweck geführten Verhandlungen sind schon zu Ende gegangen. Der Vertrag regelt das gegenseitige Verhältnis zwischen den beiden Staaten auf dem Gebiet der Kranken-, Unfall-, Angehörigen- und Knappschaftsversicherung. Auch für die Invalidenversicherung bringt der Vertrag bereits entsprechende Bestimmungen. Diese werden jedoch erst wirksam, wenn in Österreich die Invalidenversicherung in Kraft gesetzt wird. Der Vertrag soll an die Stelle des bisherigen deutsch-österreichischen Uebereinkommens über die Durchführung der Sozialversicherung in zwischenstaatlichen Verkehr vom 8. Januar 1926 treten. Die Bestimmungen dieses Uebereinkommens sind zum Teil überholt. So legt z. B. in der Angehörigenversicherung das bisherige Uebereinkommen eine Maximalzeit von 10 Jahren voraus, während seit dem 1. März 1926 die Maximalzeit für Leistungen der deutschen Angehörigenversicherung ebenso wie in der österreichischen Pensionsversicherung der Angehörigen nur noch 60 Beitragswochen als 5 Jahre beträgt. In der Knappschaftsversicherung behalten die Arbeitnehmer des Bergbaus nach dem neuen Vertrag die in beiden Staaten erworbenen Versicherungsansprüche auch dann, wenn sie in die Versicherung des anderen Staates überreten. Eine ähnliche Regelung, die für die Angehörigenversicherung bereits in dem bisherigen Uebereinkommen enthalten war, steht der Vertrag auch für die Invalidenversicherung nach ihrer Einführung in Österreich vor. In der Angehörigen-, Invaliden- und Knappschaftsversicherung werden die zurückgelegten Beitragszeiten in den beiden Staaten nach bestimmter Grundtagen veranschlagt. Auf dem Gebiet der Unfallversicherung wurde vollkommene Gegenseitigkeit vereinbart.

Schrecken ist der Kampf mit Ungeleser, das mit einer Wange.“

Die Arbeitslosigkeit steigt noch immer

Am 31. Januar betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger nach den Feststellungen der Reichsanstalt insgesamt 2 252 619 gegenüber 2 063 670 am 15. Januar. Die Zunahme beträgt in der zweiten Januarhälfte in der Verteilung absolut 189 049 oder 9,2 Prozent. Am 31. Dezember wurden in der Versicherung insgesamt 1 774 571 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Die Zunahme in der ersten Januarhälfte betrug absolut 288 999 oder 16,3 Prozent.

In der Kreisunterstützung betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger am 31. Januar insgesamt 250 028, 8,6 Prozent, in der ersten Januarhälfte 9,5 Prozent.

In der Berufszeit vom 3. bis 8. Februar ist nach den vorläufigen Meldungen die Kurve der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung noch um 50 000 gestiegen. Zusammen mit den Kreisunterstützten beträgt die Zahl der Unterstützungsempfänger zurzeit rund 2,5 Millionen.

In Berlin waren am 31. Dezember insgesamt 282 041 Personen arbeitslos — gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres 58 240 mehr. Hierunter befanden sich 45 706 Metallarbeiter, 38 653 Bauarbeiter, 50 059 ungelernete Arbeiter, 26 550 kaufmännische und Büroangestellte, 8747 Techniker und 2882 Angehörige freier Berufe.

Zunehmend ist die Zahl der Arbeitsuchenden in Berlin bis zum 25. Januar auf 331 548 gestiegen. Dieser Ziffer gibt nur annähernd ein Bild von der schrecklichen Lage auf dem Berliner Arbeitsmarkt.

Gegen diese Bestimmung des Gesetzes haben die Bäcker die Einwendung erhoben, daß man das Brotgewicht nie genau feststellen könne; damit bedeute die im Gesetz vorgesehene Neuordnung eine Sondermaßnahme gegen die Bäcker. Das trifft nicht zu. Das Verkaufen von Brot nach Gewicht hat sich in vielen Teilen Deutschlands seit Jahren bewährt. Man kann auch von einer Sondermaßnahme gegen das Bäckergewerbe nicht sprechen, weil andere Waren, die ähnlich wie Mehl verarbeitet werden müssen, nach Gewicht verkauft werden. Der Brotverkauf nach festem Preis ist überhaupt eine Einrichtung, die aus dem Revolutionsjahr 1848 stammt. Damals gab die Regierung dem Volke das Versprechen, etwas gegen die Brotteuerung zu tun. Man setzte deshalb den Brotpreis fest mit dem Erfolg, daß die Bäcker das Gewicht verringerten. Dieser Jopf hat sich bis heute gehalten und muß beseitigt werden. Das wird auch im Interesse des ehrbaren Gewerbes liegen.

Wenn es möglich sein wird, gutes und einwandfreies Brot in Deutschland zu schaffen, dann wird auch zweifellos dem Rückgang des Roggenbrotkonsums Einhalt getan werden. Das kann den Bäckern nur willkommen sein. Ob sich allerdings die Hoffnungen des Reichsernährungsministers — Mehrverbrauch von 500 000 Tonnen Roggen und Einschränkung der Weizenimport um 120 Millionen Mark pro Jahr — erfüllen werden, ist eine andere Sache. Diese Erwartungen sind zweifellos etwas hoch gespannt. Bei der gegenwärtigen Unmöglichkeit, Roggen im größeren Umfang aus Deutschland auszuführen, hat aber auch eine geringere Entlastung des Roggenmarktes durch steigenden Konsum für die Behebung der Roggenkrise große Bedeutung.

Davon wird jedoch nicht die Tatsache berührt, daß eine wirkliche Sanierung der deutschen Roggenwirtschaft nur durch starke Einschränkung der Roggenproduktion erreicht werden kann.

Die erste Großbankbilanz

Guter Abschluß für 1929 trotz starker Krise auf dem Geldmarkt

Von den großen Berliner Privatbanken hat jetzt die Berliner Handels-Gesellschaft ihren Abschluß für das Geschäftsjahr 1929 veröffentlicht. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß das deutsche Finanzkapital im verflochtenen Jahr eine Reihe unangenehmer Dinge erlebt hat. Es kam der fürchterliche Zusammenbruch des Frankfurter Versicherungskonzerns, der, auch in seiner blamablen Abwicklung durch die Einstellung der deutschen Großbanken, den deutschen Auslandskredit sehr schädigte, der Zusammenbruch der New Yorker Effektenbörse und schließlich die Serie von Pleiten im deutschen Bank- und Bankiergewerbe, die auch bei den kapitalkräftigen Großbanken immerhin Spuren hinterlassen hat.

Bei der Berliner Handels-Gesellschaft ist hiervon allerdings wenig zu merken. Dies hängt mit dem eigenartigen Aufbau der Organisation dieser Bank zusammen, die keine Depositionskassen unterhält und ihre Geldäfte auf einen kleinen Kreis größerer Kunden (Großindustrie usw.) beschränkt. Die Gewinne aus Wechseln, Zinsen und Dividen sind von 6,6 auf 7,9 Millionen Mark gestiegen, während die Gewinne aus Provisionen mit 4,6 Millionen Mark stabil geblieben sind. Wertpapier- und Realsozialgewinne, die im vergangenen Jahr mit 1,3 Millionen Mark erlöhnten, werden diesmal infolge der Dauerreise an der Börse nicht ausgewollt. Nach Abzug der Verwaltungskosten und Steuern, die sich mit 5,7 bzw. 1,81 Millionen Mark verringert haben, verbleibt ein von 2,9 auf 3,9 erhöhter Reingewinn, aus dem wieder eine Dividende von 12 Prozent gezahlt wird.

Der Gesamtumsatz der Bank, der im Vorjahr mit 22 auf 23,3 Milliarden gestiegen war, hat diesmal einen geringeren Zuwachs auf 26,3 Milliarden zu verzeichnen. Besonders ist infolge der schlechten Börse das Börsencredit- und Beleihungsgeschäft (Lombards) zurückgegangen; die Börsencredit erlöhnte in der Bilanz mit nur 32,4 gegen 40,4 Millionen Mark. In der Steigerung des Scheid- und Wechselbestandes von 63,9 auf 79 Millionen Mark spiegelt sich die kurzfristige Verwindung des Reiches wider, da von dem Bestand allein 20 Millionen auf Reichsschuldenanweisungen entfallen. Dagegen hat das Hauptgeschäft der Bank, die Besorgung von Wertpapieren und eingelagerten Waren, eine weitere kräftige Ausdehnung von 95,2 auf 114,4 Millionen Mark erfahren. Nach dem starken Aufschwung des deutschen Außenhandels war das zu erwarten. Die Kreditbeanspruchung durch Schuldner in laufender Rechnung ist von 168,7 auf 172,5 Millionen Mark gestiegen; worunter 184,3 Millionen Mark gebaute Kredite sind. Auf der Gegenseite hat sich die Summe der zur Verfügung stehenden fremden Gelder von 899,4 auf 486,8 Millionen Mark erhöht. Trotz der anhaltenden Kursflaute an der Börse sind der Bank nur ganz geringfügige Verluste bei den Schuldnern entstanden und von den rund 200 Bankzusammenschlüssen ist das Kapital überhaupt nicht in Mitleidenschaft gezogen worden. Von der zweimaligen Zusammenkunft der Reichsbank verpflichtet sich die Verwaltung auch in der Bilanz auf die Wirtschaft, besonders auf das Geschäft für festverzinsliche Werte.

FÜR DIE FRAUEN

Die Frau als bildende Künstlerin

Noch heute herrscht vielfach die Meinung, daß die bildende Künstlerin nie aus eigener Kraft neue, umwälzende Ideen hervorbringen, sondern in jedem Falle den Mann kopiere. In ihrem heiligen Arbeitsernt verlangt aber die Künstlerin von heute auch auf dem neueroberten Gebiete der großen Kunst, daß man nicht mit von vornherein herabgeminderten Maßstäben an ihre Leistungen herantritt. Die Künstlerin von heute ist etwas anderes als die früherer Jahrhunderte. Den Frauen früherer Zeiten waren fast alle Wege verschlossen, sich beruflich zu betätigen. Selbst heute noch waagt man selten, die ausübende Künstlerin vor große Aufgaben zu stellen.

Die allererste künstlerische Betätigung der Frau lag naturgemäß in der Ausschmückung der Kleidung und des Heimes. Auch heute noch finden wir bei den Naturvölkern, daß die Ausschmückung der Waffen und die Verzierung der Kleider fast durchweg die Arbeit von Frauen ist.

Im Mittelalter wurde die Kunst von Frauen meist nur in den Klöstern gepflegt. Sie bewiesen in herrlichen Stickerien ihr Talent, illustrierten geistliche Bücher, malten sogar Altarbilder und Wandgemälde. Einige Skulpturen am Straßburger Münster sollen von der Bildhauerin Sabina von Steinbach stammen. Auf einem, von einem Apostel gehaltenen Spruchbande finden sich die Worte: „Der göttlichen Gnade Zeit wurde Sabina zu teil, deren Hände aus dem harten Steine dies mein Bildnis machten.“ Im 16. Jahrhundert, wo ganz besonders in Italien die Kunst in Blüte stand, waren in den verschiedensten Kunstschulen auch Schülerinnen zu finden, so z. B. Irene di Spilimbergo bei Triest. Noch berühmter war die Porträtistin und Miniaturmalerin Susanne Horenboldt. Dieser kaufte ihr, als sie 18 Jahre alt war, eine ihrer Blätter ab und sagte: „Es ist ein großes Wunder, daß ein Weibsbild also viel macht.“ Im 17. Jahrhundert ist eine Nonne, Placida Riccio, als Architektin bekannt, und eine Holzbildhauerin Luise Wolken soll in ihrem Atelier wie in ihrem Hauswesen gleich geschäftig gewesen sein. Als ein Wunder der Schöpfung wurde ihre Zeitgenossin Anna Maria Schuman bezeichnet, die sechs Sprachen sprach, im Zeichnen und Malen erfahren war, in Holz und Eisenblech schnitzte und außerdem noch eine geschickte Kupferstecherin und Wachsbossiererin war.

Im 18. Jahrhundert wurde Anna Wjewska als ausgezeichnete Porträtistin und Malerin historischer Bilder zum Mitgliede der Pariser Akademie ernannt. Sie zog später nach Berlin und heiratete den Maler Thierbach, dessen Können sie nach übertraf. In der Schweiz waren zwei berühmte Malerinnen, Angelika Kauffmann und Maria Theresia. Diese schon mit 16 Jahren ein ausgezeichnetes Selbstbildnis, das trotz ihrer Jugend eine erstaunliche Reife des Könnens zeigt. Sie starb schon in jungen Jahren. Angelika Kauffmann, aus Gmür gebürtig, lebte viel in Italien, kam sogar nach London, wo sie sehr geehrt wurde, und starb in Rom. Ihre Bilder waren, dem Geschmack der Zeit entsprechend, anmutig, gefällig, mit einem Stich ins Sentimentale. Nehmlich malte die Italienerin Rosalba Carriera auf Elfenbein und in Pastell. Sie wurde mit Aufträgen und Ausstellungen überhäuft. Die Akademien zu Bologna, Rom, Paris wählten sie zu ihren Mitgliedern.

Glänzend noch als Malerin und Porträtistin war die schöne Maria Vigée-Lebrun, die um die Wende des 18. Jahrhunderts lebte. Früh schon mußte sie durch ihre Kunst erst für ihre Mutter, dann für ihren Gatten sorgen. Sie stand in großer Gunst bei Maria Antoinette. Während der französischen Revolution flüchtete sie nach Italien, dann über Wien und Berlin bis nach Petersburg an den Hof der Kaiserin Katharina II. Ueberall wurde sie mit Aufträgen überhäuft und sehr geehrt. Zurzeit Napoleons lebte sie nach Paris zurück und malte u. a. seine schönen Schwestern. Auch die Bildhauerin Felconnet-Collart kam an den Hof Katharinas II. Sie half dort ihrem Gatten bei der Ausführung des Denkmals Peters des Großen. Sie soll den Kopf des Jaren modelliert haben, da ihr Gatte an dieser Aufgabe scheiterte. Wenig bekannt ist ferner, daß im Anfang des 19. Jahrhunderts Bettina von Arnim eine lebensgroße Gipsstatue schuf. Eine besonders starke künstlerische Persönlichkeit des 19. Jahrhunderts ist die französische Malerin Rosa Bonheur. Ihre besondere Liebe galt der Natur und den Tieren. Es erregte großes Entsetzen, daß sie kurze Haare trug und sich gern in Männerkleidung bewegte, was heutzutage ja nicht mehr so sehr auffallen würde.

Gewiß finden wir heute noch viel Disfunktionalismus unter den bildenden Künstlerinnen. Aber mehr als früher ist doch den Frauen die Möglichkeit zur künstlerischen Betätigung gegeben. Mit Recht werden daher auch größere Anforderungen gestellt. Eine der ganz großen Künstlerinnen unserer Jahrhundert, die leider schon in jungen Jahren starb, ist Paula Modersohn-Becker. In der kurzen Spanne Zeit von 8 Jahren intensiven Schaffens hat sie eine erstaunliche Fülle von Bildern geschaffen, die alle eine ganz eigene Note haben. Die größte unter den lebenden Künstlerinnen ist zweifellos Käthe Kollwitz. Ohne Anlehnung, ganz aus sich heraus, schafft sie. Aus ihren Radierungen spricht das warme Empfinden, das Versehen für die Armen und Unterdrückten. Mit legt sie eine solche mitreißende Macht in ihre Gestalten, daß man ihr kaum einen männlichen Radierer unserer Zeit zur Seite stellen kann. Daß die Künstlerin sich auch plastisch betätigt, sieht man am deutlichsten an einigen ihrer Selbstbildnisse, die eine große Einfachheit der Formen zeigen. Ebenso selbständig schafft auch Maria Caspar-Piller, die Gattin des Malers Caspar. Sie legt in ihre Bilder ihre eigene Persönlichkeit, ohne Aengstlichkeit, ohne Pedanterie, ganz unabhängig von ihrem Gatten.

Unter den lebenden Bildhauerinnen modellierte Michèle Steeger schon vor dem Kriege überlebensgroße Figuren an Architekturen. Sie lehnt sich nicht vor solchen Aufgaben zurück, die große Anforderungen an die weibliche Körperkraft stellen. Nicht minder bedeutend ist Renée Sintenis, die ihren sehr lebensvollen Plastiken gern ein kleines Format gibt. Am liebsten modelliert sie junge, hilflose, brotlöse Tiere. Eine Künstlerin in der Keramik ist die Wienerin Willy Wiesfleiter, die sehr originelle Plastiken, auch lebensgroße Figuren in Majolika, schuf. Ein Beruf, dem sich Frauen bis vor kurzem kaum widmen konnten, weil ihnen das Studium dazu verschlossen war, ist die Architektur. Aber auch auf diesem Gebiete versuchen sich heute Frauen. So baute die Architektin Ella Briggs in Wien den „Postkassenhof“ einen Wohnhausblock. Auch in Deutschland haben wir eine Architektin, Grete Schütte-Lihotzky, die Assistentin des Stadtbaurats May in Frankfurt a. M., bekannt durch ihre „Frankfurter Küche“.

Die Malerin, die Bildhauerin haben in unseren Tagen volle Berechtigung erlangt, wie der männliche Kollege zu schaffen. Sie haben wichtige, den Männern gleichwertige Leistungen vollbracht. Die Möglichkeit dazu haben sie in schwerer Zeit erhalten. Bei unserer traurigen wirtschaftlichen Lage ist leider die Nachfrage nach Kunst nur gering. Das eine Gute hat weitgehend diese harte Zeit, daß mittelmaßige Talente nicht untergehen, seien es nun männliche oder weibliche Künstler. Die Künstlerin von heute kann sich nur durchsetzen, wenn sie Ganzes und Großes leistet. Selbstheiten haben dem Ansehen der Frau als Künstlerin. Auch der Dienst an der Kunst ist ein schwerer Dienst. Er verlangt die Geduld und Selbstlosigkeit. In ihrem Dienste verlangt aber auch das weibliche Genie: „Freie Bahn!“ Anna Bos.

Frauen in technischen Berufen

(Piloten — Kapitäne — Chauffeure)

Die Zahl derjenigen Frauen, die noch kaum der Schule entwachsen, schon für ihren eigenen Unterhalt sorgen müssen, wächst von Jahr zu Jahr. Nach der letzten Volkszählung im Jahre 1925 ist die Ziffer der arbeitenden Frauen mit 7 142 000 angegeben. Im Jahre 1910 waren es hingegen nur 6 458 000. Seit der letzten Völkzählung im Jahre 1925 hat sich die Zahl der ledigen Frauen zwischen 16 und 35 Jahren, wobei die verwitweten und geschiedenen mitberücksichtigt sind, erheblich gesteigert. Die Heiratsaussichten für diese Frauen sind sehr unglücklich, da die Zahl der heiratsfähigen Männer im Alter zwischen 20 und 40 Jahren ganz erheblich geringer ist. — Ganz abgesehen aber von den ledigen Frauen, die zum großen Teil auf eine spätere Versorgung durch die Ehe rechnen, die sie auch tatsächlich eingehen, bleibt überdies auch eine große Anzahl verheirateter Frauen heute berufstätig, weil sie durch ihre Arbeit das zu knappe Einkommen des Mannes aufbessern müssen.



Der erste weibliche Chauffeur Berlins in der neuen Uniform

Durch die immer wachsende Zahl der arbeitenden Frauen wird die Berufswahl naturgemäß immer schwieriger. Die spezifisch weiblichen Berufe sind bald überfüllt. Für die Frau heißt es: andere Zweige des Berufslebens zu erobern und sie ist auch bereits in viele Berufe vorgedrungen, die bisher immer den Männern reserviert gewesen sind. Sieht man doch heute bereits beim Bau eines Hauses das werdende Fräulein Architektin sich die notwendigen praktischen Kenntnisse erwerben. Frauen machen ihr Pilotinnen-Examen und führen mit Erfolg Flugzeuge. Frauen haben die Kapitänsprüfung bestanden und führen Dampfer. Sie haben sich mit den schwierigsten Berufen abgefunden und führen sie anerkanntermaßen mit Geschick und Energie aus.

Die Zahl der Frauen, die ihre Chauffeurprüfung in Deutschland ablegen, um ihren Wagen selbst zu führen, wächst von Tag zu Tag. In Berlin rechnet man beispielsweise, daß ein Fünftel der ausgegebenen Führerscheine jetzt von Frauen erworben wird. Die Frau erlernt das Autofahren nach Angaben erfahrener Fahrlehrer ebenso gut, schnell und geschickt, wie der Mann, und ganz fähig wird ihr immer noch nachgesagt, daß sie für technische Dinge absolut kein Verständnis habe. Sie lernt auch sehr bald, sich mit den Läden des Wagens auseinanderzusetzen und kleine Schäden ordentlich zu reparieren. Wer sich allein auf ein Auto setzt, um eine größere Fahrt über Land zu unternehmen, muß schon gewisse technische Kenntnisse haben, um bei einer Panne „seinen Mann zu stehen“ und das lenkt die Frau genau so gut wie der Mann. Das einzige, was man immer wieder feststellt, ist, daß die Frau in kritischen Situationen, die sich im Verkehr ergeben, leichter koplos wird als der Mann. Aber diese Schwäche erleidet die Frau im allgemeinen dadurch, daß sie vorsichtiger fährt als die meisten Männer und sich dadurch viel weniger leicht in derartige Situationen bringt als er. — Natürlich gibt es unter den Frauen genau so geführgewandte wie unter den Männern. Wie sicher sich die Frauen auf ihrem Wagen heute schon fühlen, das beweist am besten, daß in den Großstädten die Frauen auch schon Kraftfahrzeuge führen und sich damit wieder einen neuen Beruf erobert haben.

Annelieses Traum

„Noch eine Geschichte aus dem Kriege, Schwester Martha!“ bat die junge Patientin mit der sensationellsten Neugier aller derer, die einst als neutrale Zuschauer die große Weltkriegerstrophe aus der Ferne mit angesehen hatten, und sich nun nicht satt hören konnten an den Erzählungen der anderen, die mitten im Gedränge der Ereignisse auf der Bühne des Lebens selbst gestanden hatten.

„Noch eine Geschichte aus dem Kriege?“ wiederholte die junge deutsche Pflegerin nachdenklich. „Nun ja, mir fällt schon noch eine ein, wenn auch nicht gerade aus dem Felde, so doch aus dem Kriege.“

Es war im Frühling des Jahres 1917, nach jenem schrecklichen Winter, den man in Deutschland den Kohlrübenwinter nannte, und der vielleicht einst in der Geschichte diesen Namen führen wird. Heute, in der Rück Erinnerung, erscheint es meinen Geschwistern in Berlin noch unbegreiflich, wie sie es damals machten, um satt zu werden, denn in den Großstädten erhielt man damals außer der knapp zugemessenen Portion an Brot und Kartoffeln und der ganz minimalen an Fleisch tatsächlich kaum etwas anderes als die ominöse Kohlrübe und auch diese oft nur halb verkauft und erstoren. — Ich war im März aus dem Felde zurückgekehrt, wieder dabei in unserem kleinen Städtchen an der pomeranischen Ostseeufer und hatte meinen alten Platz auf der Kinderstation unserer krankenhausartigen wieder eingekommen. Anfang April wurde uns eine kleine, schwerkranke Patientin eingeliefert, ein fünfjähriges Berliner Mädchen, das die Mutter, eine Kriegerverkauf in bedrängten Verhältnissen, nach Pommern zu ihrer Schwester gegeben hatte, damit diese es ihr ein wenig „auffrischere“. Nach wenigen Tagen aber war der kleine Gast am Scharlachfieber erkrankt, und als wir es betamen, war das Kind in hoffnungslosem Zustand. Schwerste Form der Krankheit, dazu als Komplikation noch Gelenkentzündung und ein völlig unterernährtes, widerstandstloses Körperchen! Es war leicht wie eine Flaumfeder und erinnerte mich mit seinen abgemagerten Gliedern und der hervorstechenden Rippen an einen aus dem Neste gefallenen, verhungerten Sperling. Wir hatten das Kind von Anfang an aufgegeben; aber ein Wunder schien zu geschehen: es überlebte die Krise und fing an, sich unter der sorgfältigen Pflege, die wir ihm angedeihen ließen, zu erholen. — Nie werde ich den Morgen vergessen, an dem es zum ersten Male ganz fieberfrei seine braunen Augen zu mir aufschlug, als ich ihm das Besondere an die Lippen setzte, und es mit schwachem Stimmchen, aber einem klaren Blick, aus dem ein kleiner Schall blühte, sagte: „Na, aber so eine gute Milch!“

Von nun ab nahm es ganz und frohlich, was ich ihm an leichter und kräftigerer Nahrung einflößte, und quitierte jedes Schlucken und jedes Brechen mit einem dankbaren, tiefgesetzten

„Ach, kein!“ Etwas Köstlicheres habe ich wohl nie gesehen, als dies Aufleuchten des fast verlöschten Lebensflämmchens. Kaum war das elende Körperchen nur einigermaßen zu Kräften gelangt, da begann der kleine, muntere Geist sich zu regen und umherzuspähen, wo er etwas zum Freuen und zum Lachen fand. Denn das Lachen war Annelieses Hauptkunst. Etwas Süßeres kann man sich nicht vorstellen, als dieses Kindes Lachen. Er war ganz feile und sein und klang wie die kleinen, tröpfelnden Tönchen einer Spieluhr. Eine Gelegenheit, es erklingen zu lassen, bot sich oft genug am Tage. Ein Sonnenstrahl, der sich in einem Glase brach und einen Regenbogen auf die Bettdecken malte, einen Spiegelreflex, den ich an der Decke und an den Wänden entlang tanzen ließ, ein zutraulicher Späß, der vom Fensterbrett Brotkrumen plätschete, das alles war „sooo ulkig“ und „zum Lollachen“, daß die kleine Spieluhr zu klingen begann.

Als die Besserung fortschritt, hatte ich einige Mühe, das lebhafte Kind im Bette ruhig zu halten, denn der Arzt hatte noch für lange Zeit Stillliegen verordnet und heftige Bewegungen verboten. So griff ich zum bewährten Mittel des Stillens, erzählens und hatte damit den größten Erfolg, besonders mit den heiteren und spähhaften Geschichten, die alle „sooo ulkig“ und „zum Lollachen“ waren. Einmal war ich auf den Gedanken gekommen, eine Geschichte als einen Traum von mir einzulassen, und seitdem fragte mich Anneliese jeden Morgen, wenn ich ins Zimmer trat: „Schwester Martha, was hast du geträumt?“

„Gestern Morgens aber, als ich das Kind schon ganz munter im Bettchen sitzend fand, rief es mir statt der üblichen Frage lebhaft erregt entgegen: „Oh, Schwester Martha, heute habe ich aber was geträumt, sooo was Ulliges, zum Lollachen!“ „Na dann erzähl man, Anneliese!“, sagte ich und ging nach der Toilette, um sein Waschlüsseltuch zu holen. Und das Kind erzählte: „Welche, Schwester Martha, ich war in Berlin, das habe ich geträumt, und da hab' ich sooo großen Hunger gehabt und da war's auf einmal garnicht Berlin, und da war 'ne große Wiese auf der Straße, und da lag ein großes Brot mitten auf der Wiese. Da rannte ich hin und wollt's holen und Mutti bringen, da war's auf einmal ein Stein. Ist das nicht 'ne ulkige Geschichte?“

Mir schütteten die Worte des Kindes ins Herz, das in seiner Unschuld nicht ahnte, wie traurig seine Traumgeschichte doch war. Und es tat mir ordentlich weh, sein Lachen zu hören, das diesmal gar kein Erbe zu nehmen schien und beinahe etwas Krampfhaftes hatte. Ich stellte die Schüssel hin und ging auf das Bett zu. Aber ehe ich es erreichte, sank das Kind in die Kissen zurück, und das Uhrwerk dieses kleinen Lachens, das Uhrwerk dieses kleinen Lebens, sie standen mit einem Schlage still. — Elsa Wolff.

Das Modebuch

Ein Eisenbahnabsteig zweiter Klasse. Am Fenster, in der Ecke, sitzt ein älterer Herr, dessen von der Sonne bräunlich gebrannte Glatze von einem steppigen Strahlenkranz dünner weißer Haare umgeben ist. Er schläft. Sein Kopf liegt ihm auf der Seite, der Mund ist ein wenig offen und zeigt einige unklare Zahnfüden. Der Atem des Schlafers bewegt seinen zottigen weißen Schnurrbart, der unter der Nase eine nitonbraune Färbung zeigt. Ihm gegenüber sitzen zwei Damen; sie dürften etwa 30 Jahre alt, verheiratet und Mütter kleiner Kinder sein. Sie sind modern — um nicht zu sagen: modisch — gekleidet und benehmen sich wie Leute, denen nicht mehr viel neu sein kann.

Die Damen sprechen über ein Buch, über das Modewerk „Das reifste Eheglück“, das, von einem „Mann aus dem Volke“ geschrieben, sich binnen weniger Monate in der ganzen zivilisierten Welt verbreitet und der Verfasser — von dem man übrigens nichts Näheres weiß, da er nicht Schriftsteller von Beruf ist — mit einem Schlage berühmt gemacht hat.

Die eine Dame räumt das Werk: es sei das vollkommene Liebes- und Ehebuch; es sei ein Buch, wie man es jedem Menschen, ob jung oder alt, in die Hand drücken müsse, weil es den alle in richtigen Weg zum wahren und reifen Eheglück zeige und nicht, wie so viele andere, mit hohlen Worten um den wirklichen Kern herumgehe. Die Dame hält die Frage des reifsten Eheglücks durch dieses Standardwerk für vollkommen gelöst. Ihre Begeisterung kennt keine Grenzen.

Die andere Dame pflichtet ihr bei. Sie hat über das Interesse an dem Buche hinaus noch ein lebhaftes Interesse für seinen Verfasser. Sie möchte gar zu gern wissen, wie ein solcher Mann aussehe, der so tiefgründige Weisheiten in einer so schlichten und sympathischen Weise vorzubringen versteht. Sie meint, als Mann aus dem Volke müsse er so aussehen: stark, groß, breit, mit einer schönen klangvollen Baritonstimme, gerade und hochauferichtet, alles Volk um einen Kopf überragend, Menschlichkeit und Güte in sich selbst verkörpert.

Die erste Dame glaubt, er müsse anders aussehen: elegant, hinreichend, spöttische Züge am Augen und Mund — Typ Menjou. Sie nimmt an, daß er seidene Hausanzüge trägt, mit Orkideen nur so um sich wirft, bräunliche Zigaretten aus Ägypten raucht, in einem wunderbaren Zimmer arbeitet, eine wunderbare Sekretärin hat, nachmittags vielbesuchte und geistreiche Tees veranstaltet und irgend eine kleine Marotte hat — vielleicht Eier-tuschen eigenhändig häßt, wie einst Paul Heyse. Oder, was noch moderner ist, Cocktails mixt.

„Möglichstweise tut er auch gar nichts und läßt sich nur verwöhnen?“ wirft die Freundin ein. Er hat sicher das Ideal eines Kammerdieners in seiner kleinen, aber herrlichen Wohnung. Daß er sich mit allem modernen Komfort und Luxus umgibt, steht für mich vollkommen fest.“

„Ob er einen Schnurrbart hat?“

„Oder eine Glatze?“

„Schöne Zähne?“

Sie fangen an, die Angelegenheit von der heiteren Seite zu nehmen, des alten Herrn nicht achtend, der durch ihr Getöse und Lachen wach geworden ist.

„Nein“, sagt die eine, „vielleicht ist der Verfasser des „reife-sten Eheglücks“ ein ganz stiller, bescheidener Mann im schwarzen Anzug, der diät leben muß, Sorgen hat, sich um schreiende Kinder kümmert, nicht raucht, nicht trinkt, nicht spielt und abends vor dem Schlafengehen ein Glas lauwarmer Milch trinkt.“

Beide lachen hell auf.

Eine Elternschule

In Paris wurde eine Elternschule nach dem Vorbilde der schon vielfach in Kalifornien bestehenden Elternschulen von einigen Frauen gegründet. Sie will die Eltern zum Verständnis aller Erziehungs- und Gesundheitsfragen erziehen. Besonders bemerkenswert ist, daß im Gegensatz zu den in Deutschland schon hier und da auftauchenden „Mutterhäusern“ auch die Väter für ihre verantwortungsvolle Erziehungsaufgabe gekhult werden sollen.

Familien-Anzeigen

Am 12. Februar verschied nach schwerem Krankenlager unsere gute Mutter, Großmutter und Tante
verw. Frau Maria Ledock
 geb. Heindrich
 im Alter von nahezu 80 Jahren
 Breslau, Doltfahlestraße 6, den 12. Februar 1930
 Im Namen der Hinterbliebenen
Alfons Wittig
 Beerdigung: Sonnabend, den 15. Februar, vor-
 mittags 11 Uhr, Onwitz, Halle 2

Zentralverband der Maschinisten u. Seizer

Sonabend, den 15. Februar,
 7 1/2 Uhr abends, im Gewerkschaftshaus,
 Zimmer 7/8

Mitgliederversammlung

Tagesordnung:
 1. Vortrag von Hrn. Dr. Dora Fuhs
 2. Verschiedenes

Der Besuch des Vorstandes durch die Anwesenden unserer Kollegen ist dringend erwünscht. (Fragebeantwortung).

Die Ortsverwaltung.

Uhren u. Goldwaren

Spezialität: 374
Fugenlose Trauringe
Paul Alter
 Kupferschmelde-
 straße 17
 Neben Hutschkefeld.

Adamynin

bei Gallensteinen, Leberleiden etc.
 In allen Apotheken erhältlich.
Carl Adamy, Blücherpl. 3
 (Mohren-Apotheke).

Achtung! P. P. Achtung!

Ich empfehle dem geschätzten Publikum meinen
Damen- u. Herren-Salon

Breslau, Berliner Straße 28

Spezialität: **Bubikopfschnitt und -pflege**
 Saubere und gute Bedienung wird zugesichert
Kurz- und Langhaar-Ondulation

Damen-Kopfwäsche, Haarfarben,
 Bedienung in und außer dem Hause

Theater-Friseur
 Verleihen zu billigsten Preisen.
 Seifen, Parfümerien, Toilettenartikel

Um der werktätigen Bevölkerung es zu ermöglichen ihr Haar zu pflegen, habe ich Sonderpreise eingeführt. Herren und Damen erhalten bei Erwerbslosigkeit Ermäßigung

M. Jentsch, Friseur-Salon

Die „Frauenwelt“ den Frauen zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt“

eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffend. Volkes. Preis 35 Pf.
 Zu bestellen bei all. Zeitungsträgern

Das Dorf spricht!

Ein Hörspiel von WERNER ROTHE

„Erschütternd ist hier die Unerbittlichkeit der Natur gestaltet. Das geschieht in einer merkwürdigen, sehr einfachen und klaren Sprache. Die Phantasie des Hörers folgt sofort so aufmerksam den suggestiven Worten dieses Dichters, daß man ihn nicht mehr vergißt und mehr von ihm hören möchte.“

Vorgelesen am Neujahrstag 1930 in den Schlesischen Sendern

Preis: Broschürt 60 Pfennig

In den Volkswachtbuchhandlungen vorrätig!

Jetzt noch billiger!

Aus einer bedeutenden Tuchfabrik habe einen größeren Vorrat Stoffe, ausschließlich Neuheiten, gute Qualität, günstig erworben. Solche habe ich in Hingängen, ein- und zweifärbig, Kreuzweberei, mit besten Fäden verarbeitet und bringe solche zu

staunend billigen Preisen

zum Verkauf		
 Serie I	 Serie II	 Serie III
21.50	28.50	33.50

Kommen Sie bald!
Zuch- und Maßgeschäft
Cheimowitz
 Zechstraße 22 parterre
 Kein Laden!

Billiger Fleischverkauf!
 Schweinefleisch Pid. von Mk. 1.00 an
 Schweinefleisch Pid. von Mk. 1.00 an
 Schweinefleisch Pid. von Mk. 1.40 an
 Rindfleisch ohne Knochen Pid. von Mk. 1.00 an
 Rindfleisch Pid. von Mk. 0.80 an
 Kalbfleisch mit Knochen v. 1.20 an ohne Knochen Pid. v. 1.40 an
 Rindfleisch Pid. v. 1.40 an, Pökelfleisch Pid. v. 1.30 an
 Frischer Speck Pid. 1.10, Lungenfett Pid. 1.00
 Kalbes Schweinefleisch und Griebenfett Pid. Mk. 0.90
 Quatsch Pid. v. Mk. 0.80 an, Gehacktes Pid. v. Mk. 0.80 an
 Leberwurst (geräuchert) Pid. Mk. 1.20
 Gekochter Schinken Pid. Mk. 0.88
 Leberwurst u. roher Schinken Pid. Mk. 0.60
 Praskopf u. Morladella Pid. Mk. 0.30
 Mettwurst Pid. Mk. 0.30-0.40
 Bratenwurst Pid. Mk. 0.25-0.35
 Leberwurst Pid. Mk. 0.15-0.40
 Polnische Pid. Mk. 0.90-1.20
 Knoblauchwurst Pid. Mk. 0.70-1.00
 ff. Aufschnitt Pid. Mk. 0.45
 Gepökelte Elsbaine Pid. Mk. 1.10

Adolf Weiss Moltkestr. 13
 Fernruf 256 69

CITROVANILLE
 GEGEN



SCHMERZ
RAINE
ALGIE
HAUSCHMERZ

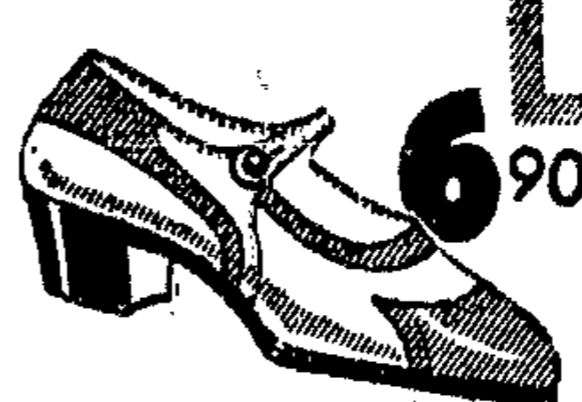
VORZÜGE: JAHREHINTE BEWAHRT
 UEBERRASCHEND SCHNELLE WIRKUNG
 OHNE HERZKLOPFEN-OHNE MAGENSCHMERZEN
 — IN PULVER- UND OBLATENPACKUNG —

Pfänder-Auktion
 am 18. Februar 1930
Schneider, Bärenpl. 12

Zur Klischees
 und Matrizen, die innerhalb 14 Tagen nach Ablauf des Auftrages nicht abgeholt, dann eine Gewähr für Aufbewahrung nicht übernommen werden.
Verlag der Volkswacht

Garderobenschrank
 180 breit, mit Wäscheleiste und Spiegel, Kirschbaum poliert, äußerst preiswert 551
 Möbelfabrik Fürstenthrabe 6.

Das Ereignis des Monats
Extra billige Tage
 vom 14. bis 24. Februar



6⁹⁰

Spangenschuhe, zweifärbig, in aparten Farbkombinationen



9⁸⁰

Lackhalbschuh für Herren, moderne Ausführung

..und vor allem Qualität!
 Lackspangenschuh, gefällig gearbeitet zum Schlagerpreis 5⁹⁰
 Spangenschuh mit bequemem Laufabsatz 5⁹⁰
 Zweifärbige Spangenschuhe in verschiedenen Ausführungen 9⁸⁰
 Herren-Halbschuhe, schwarz Rindbox 7⁷⁰
 Herren-Lackhalbschuh, in moderner halbrunder Pafform 9⁸⁰
 Herren-Halbschuh, in Original-Goodyear-Welt 10⁹⁰

Auch Liwerastrümpfe billiger

Tacke
 A.C.I.E. A.G. BURG S.M.
 Verkaufsstellen: Conrad Tack & Cie., G.m.b.H. Breslau
 Ohlauer Straße 15, Fernsprecher 561 60
 Reuschestraße 47/48, Fernsprecher 274 20

Bettfedern
 Daunen — in etts 10897
 Beste, reellste Qualitäten
 Bettenspezialgeschäft
B. Herzig, Matthiasstr. 100
 am Waterlooplatz.

Genossen deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

STUDIEN REISEN DURCH NORDAMERIKA



KALIFORNIENREISE, QUER DURCH AMERIKA, ZURÜCK DURCH DEN PANAMAKANAL
 vom 27. Februar bis 29. April / Kajütenklasse RM. 3985.
SCHLESIERFAHRT
 vom 20. März bis 22. April / 3. Kajüte für Touristen RM. 1990.
FÜNFTE ALLGEMEINE STUDIENREISE
 vom 20. März bis 24. April / 1. Klasse RM. 3225.
ZWEITE STUDIENREISE DES EINZELHANDELS
 vom 28. März bis 2. Mai / 3. Kajüte für Touristen RM. 2200.
GROSSE RUNDREISE DURCH DIE VEREINIGTEN STAATEN MIT BESUCH DER SCHÖNSTEN NATIONALPARKS
 vom 8. Juli bis 4. September / 1. Klasse RM. 5850.
SECHSTE ALLGEMEINE STUDIENREISE
 vom 8. Juli bis 15. August / 1. Klasse RM. 3200.
VIERTE VOLKSTÖMLICHE STUDIENREISE
 vom 10. Juli bis 8. August / 3. Kajüte für Touristen RM. 1890.
DRITTE STUDIENREISE DEUTSCHER AKADEMIKER
 vom 24. Juli bis 22. August / 3. Kajüte für Touristen RM. 1800.
ERHOLUNGSREISE NACH FLORIDA UND CUBA
 vom 16. Oktober bis 28. November / 1. Klasse RM. 4530.
 Außerdem besonders billige Studienreisen nach den Vereinigten Staaten unter Benützung der für Touristen geeigneten 3. Klasse von RM. 850. aufwärts.
 Ausführliche und ausführliche Prospekte durch die
HAMBURG-AMERIKA LINIE
 Hamburg 1, Alsterdamm 25
Breslau, Gartenstraße Nr. 60
 Fernsprecher Nr. 54651

Hermann Martin, Ecke Ring-Schweidnitzer Straße

Max Schönfelders
 billiges Wochen-Angebot.

Die Not der Zeit verlangt billige und gute Nahrungsmittel.

Dieser Forderung werde ich voll und ganz gerecht. Strengste Wirtschaftlichkeit, Verzicht auf kostspielige Aufmachung, bei ganz bescheidenem Nutzen sind die Voraussetzungen hierzu.

Demzufolge sehe ich meinen billigen Massen-Verkauf in

Gemüse- und Früchte-Konserven
 solange die Bestände reichen, fort.

Besonders empfehle ich ca. 20000 Kilo-Dosen

Junge Prings-Brechbohnen
 1/2 3/4 5/8 10/8 25/8 50/8 Kilo-Dosen
 0.68, 2.00, 3.30, 6.50, 16.00, 31.50-Mark

Allerbeste Kalifornische Delikatess-Pflaumen
 garantiert neue Ernte ganz auffallend billig

Mittelgroße anstatt je Pfund 0.70 Mk. nur 0.58 Mk., 5 Pf. 2.80 Mk., 10 Pf. 5.50 Mk.

Große anstatt je Pfund 0.80 Mk. nur 0.65 Mk., 5 Pf. 3.15 Mk., 10 Pf. 6.20 Mk.

Extra große anstatt je Pfund 1.00 Mk. nur 0.75 Mk., 5 Pf. 3.85 Mk., 10 Pf. 7.20 Mk.

Diese Pflaumen behalten auch bei längerem Aufbewahren die tief schwarze Farbe.

Freitag, Sonnabend u. die folgend. Tage **Prima gekochter Schinken**
 von anerkannt prima prima Qualität 1/2 Pf. nur 55 Pf.

Neu eingetroffen!
 Bleka 6000 Pfund
La Schweizer Käse
 großgelacht und von besonders feinem, delikatem und mildem Geschmack

1/2 1/4 1 5 10 Pfund
 Mk. 0.85 0.68 1.54 6.60 18.00

Große Zufuhr von **La Prachbäcklingen Goldbrünnern**, das ganze Pfund nur 0.28 Mk., Riffe zirka 5 Pfund Inhalt 1.35 Mk.

Max Schönfelder
 Kaffee-Rösterei & Tee-Import
 Waren-Ver- und-Gau- u. Weingroßhdlg.
 Breslau 1, Albrechtstraße 36.

Inserate erhalten in unserer Zeitung den größten Erfolg!